

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

117 (22.5.1920) Erstes Blatt

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Durch unsere Träger 4.— M. einschl. 80 A Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Abgaben 3.00 M.; durch die Post bezogen 3.80 M., ohne Abhol- u. Bestellgebühr, monatlich. Einzelheft 20 A. Ausgabe: Verlags mittags; Geschäftszeit: 7/8—11 und 2—1/2 Uhr abends. Fernspr. Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelle 1.—M. Die Reklamezeile 3.50 M.; Bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Abschiedsitzung der Nationalversammlung.

W. Berlin, 21. Mai. Präsident Hebrantz eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 55 Minuten. Auf Anfrage der Frau Grünberg (Soz.) wird regierungsfest erklärt, die Schaffung eines einheitlichen Hausangehörigenrechts in Deutschland sei in Aussicht genommen. Auf Anfrage des Hrn. Jäger (Soz.) wegen Sprengungen an der Rheinbrücke in Düsseldorf durch die Belgier wird regierungsfest geantwortet, daß Vorstellungen wegen Einstellung der Sprengungen erhoben worden sind, über deren Resultat noch nichts gesagt werden könne. Reichsminister Dr. Koch: Die Reichsregierung ist gestern durch Beschluß der Nationalversammlung ersucht worden, den

Ausnahmezustand

aufzuheben. Die Regierung hat die Frage gestern einer vorläufigen Prüfung unterzogen. Sie hat in den letzten Tagen Nachrichten erhalten, die auf rechtsseitige revolutionäre Bestrebungen hinweisen. Auch die linksradikale Gefahr, besonders im Ruhrgebiet, ist noch nicht beseitigt. Dort schweben auch noch zahlreiche Verfahren. Im Ruhrgebiet kann von einer Aufhebung des Ausnahmezustandes noch nicht gesprochen werden, ebenso nicht in Ostka, wo die gesetzlichen Zustände erst durch die Wahlen vom 30. Mai hergestellt werden sollen. In Bayern sind Erleichterungen geplant. Während der Wahlen soll vollkommene Versammlung- und Pressefreiheit gewährt werden. Die endgültige Prüfung im Laufe der Woche wird ergeben, ob weitere Erleichterungen möglich sind.

Hr. Genke (U.S.): Diese Auslegung unseres gestrigen Beschlusses ist ein glatter Bruch der Verfassung. Die Erklärung der Reichsregierung nötigt uns, zu beantragen, daß die Nationalversammlung der Regierung das Vertrauen entzieht.

Reichsminister Dr. Koch: Von einem Verfassungsbruch kann keine Rede sein. Zuruf bei den Unabhängigen: Die Regierung ist reaktionär. Gehen Sie zu Müller-Reinigen. In Ostka liegt ein Verfassungsbruch vor. Die Reichsregierung gewandt. Die Verhältnisse in Bayern sind der herrschenden Regierung wegen weiteren Erleichterungen zu verhandeln. Die Reichsregierung wird sich von dem geraden Weg wieder von rechts, noch von links abbringen lassen.

Hr. Genke (U.S.): Wir haben keine Garantie dafür, daß der Verfassungsbruch nach den Wahlen aufgehoben wird.

Präsident Hebrantz: Der Antrag hat nur 18 Unterschriften, es müssen aber 15 sein. Die Unterschriften reichen nicht aus. Damit ist die Sache erledigt. (Gelächter bei der Mehrheit.)

Gelächter werden Mitteilungen des Rechnungshofes zur Reichshaushaltsrechnung 1919.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzesentwurfs über

Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit

und die Stellung der Wehrschlichter.

Hr. v. Gröbe (D.R.) beantragt die Abfertigung von der Tagesordnung.

Hr. Ebe (Soz.) beantragt namentliche Abstimmung über diesen Antrag.

Die Rinde ist sehr stark besetzt. Die Mitte des Hauses wenig, die Rechte fast leer. Anwesenheit waren 211 Mitglieder. Zur Beschlußfähigkeit sind 212 nötig.

Präsident Hebrantz beräumt die nächste Sitzung auf 1/2 12 Uhr an mit der Tagesordnung: Entgegennahme einer Kundgebung des Reichspräsidenten.

Präsident Hebrantz eröffnet die Sitzung um 11.45 Uhr. Der Präsident verliest eine

Kundgebung des Reichspräsidenten,

die Tagung der Nationalversammlung sei reich gewesen an Arbeit und an Leiden. Es sei dem Reichspräsidenten eine Ehre

und Pflicht, dafür zu danken. Die Anschauungen eines ganzen Volkes hätten den neuen Verhältnissen angepaßt werden müssen, worauf sich dann seine Gesetze aufbauen werden. Alles sei noch in Fluß. Die deutsche Revolution sei noch nicht abgeschlossen. Grundfeste in das Chaos einzubauen, sei die Arbeit der Abgeordneten gewesen. Man werde ihrer in Treue als der ersten Arbeiter des Baues gedenken, wenn einst dessen Mächtigkeitsfeier werde. Die geistigen Waffen seien die einzig erlaubten im bevorstehenden Wahlkampf; der Weg der gesetzlichen Möglichkeiten sei der einzige, der aufwärts führe. (Zuruf der Frau Bieg: Bravo! Zuruf: Bieg raus.)

Reichsminister Müller: Der Wahlkampf ist in vollem Gange. Der Friedensschluß hat die schlimmsten Bedrohungen vom Reich abgewandt. Die Bestimmungen des Friedensvertrages werden noch lange die Richtlinien für unsere politische Arbeit geben. Die Treue gegen alle, soweit die deutsche Arbeit liegt, haben wir bewahrt. Selten hat ein Parlament so unter dem Joch einer verjüngten Epoche gelitten, wie dieses. Selten wurde einem Volke so bittere Arznei gereicht. Der Tag der gerechten Anerkennung für ihre Leistungen wird kommen. Europa kann ohne Deutschland nicht sein. Es ist höchste Zeit, daß diese Wahrheit in Europa Allgemeinheit wird.

Hr. v. Payer (Dem.) spricht dem Präsidenten den Dank des Hauses aus. Er habe nie einen Gleichmut, Sumor und keine Unparteilichkeit verloren, trotz der stürmischen Vorgänge. Er habe den höchsten Anforderungen entsprochen, und dafür dankt die Nationalversammlung ihrem Präsidenten.

Präsident Hebrantz dankt von ganzem Herzen. Es sei nicht immer leicht gewesen, die Geschäfte zu leiten, doch sei er bemüht gewesen, absolute Gerechtigkeit walten zu lassen. Den Dank des Hauses möchte er ausdehnen auf den Vizepräsidenten und die Geschäftsführer, auf das Büro, die Beamten und Angestellten, auf Diener und Dienerrinnen. Die Briefe habe der Arbeit des Hauses eine mühselige Tätigkeit gewidmet. Leider habe der Senior des Hauses Abg. Payer, seinen Eifer angedehnt. Er gebe ihm die herzlichsten Wünsche an die künftige Heimat mit. Die Geschichte werde die Tätigkeit der Nationalversammlung würdigen. Für das Haus nehmen wir in Anspruch, daß es nur zum Besten des deutschen Volkes gearbeitet hat. Trotz aller Gegenstände habe die Nationalversammlung das Beispiel eines gewissenhaften Arbeitens gegeben. Möge das deutsche Volk sich in Arbeit und Pflicht zusammenschließen. So hoffen wir die Vereinigung mit den getrennten Stammesbrüdern in Oesterreich. (Beifall.) Mit den besten Wünschen für alle schied er die Nationalversammlung. Schluß gegen 1/2 12 Uhr.

Das Begleitschreiben.

Berlin, 21. Mai. (Wolff.) Die Kundgebung des Reichspräsidenten an den Präsidenten der Nationalversammlung ist von folgendem Schreiben begleitet worden:

An dem heutigen Tage, an dem die Nationalversammlung ihre Arbeiten beendet, ist es mir ein lebhaftes Bedürfnis, der Nationalversammlung, der ich in der ersten Zeit selbst angehört und deren Vertrauen mich zu meinem hohen Amte berufen hat, und deren Abschiedsgruß meinen Dank und meine hohe Anerkennung für das von ihr Geschaffene auszusprechen. Ich habe diesen Dank und diese Anerkennung in dem anliegenden Schreiben zum Ausdruck gebracht und bitte Sie, dasselbe vor Schließung der Tagung dem hohen Hause bekannt zu geben. Ich benutze diese Gelegenheit, um auch Ihnen, hochverehrter Herr Präsident, für Ihre hervorragende Tätigkeit und alle die großen Verdienste, die Sie sich in der Zeit Ihrer Präsidentenschaft um das Vaterland erworben haben, meinen herzlichsten Dank und meine ganz besondere Anerkennung auszusprechen. In der Geschichte des ersten Parlaments des Reichs selbst bestimmenden deutschen Volkes wird Ihr Name an erster Stelle genannt werden und in späteren Geschlechtern weiter leben.

Keine Putschabsichten in Schlesien.

WZ. Breslau, 22. Mai. Entgegen der Meldung einer Breslauer Tageszeitung über reaktionäre Umtriebe in Schlesien erfahren wir, daß heute mit dem Regierungskommissar eine Besprechung stattgefunden hat, an der die Vorsitzenden der Koalitionsparteien und der Kommandant General des 6. A. K. Horn teilgenommen haben. Die Behauptung, daß Breslau zum Zwecke eines neuen Militärputsches von Truppen umzogen würde, wurde vom Generalkommandanten aufs energischste in Abrede gestellt und die Umformierung und Verschiebung von Truppenverbänden mit Rücksicht auf die Verminderung des Heeresbestandes auf 200 000 Mann zurückgeführt. Auch die Gefahr eines linksradikalen Putsches wurde als den Tatsachen nicht entsprechend bezeichnet.

Gegen die schwarzen Besatzungstruppen.

WZ. Berlin, 21. Mai. Von zuständiger Stelle wird erklärt: Die französische Angabe, daß die gelben Truppen in besetzten Gebieten französische Bürger seien, ist nach hier vorliegenden Nachrichten unrichtig. Im übrigen sind unter den farbigen Franzosen schwarze Algerier, Nordamerikaner, Tunisier, Algerier, Marokkaner, gelbe Araber, Konkreten, chinesische Arbeitertruppen) zu verstehen. Im besetzten Gebiete liegen u. a. von Regierung die Generalstabregimenter 10 und 11 in Mainz und Worms, zwei marokkanische Regimenter in Ludwigshafen, Sauer und Westfalen, braune nordamerikanische Truppen, etwa 6 Regimenter, verteilt sich auf das ganze besetzte Land.

WZ. Stockholm, 21. Mai. Der Friedensbund schwedischer Frauen hat mit der Vereinigung Reichesverband durch das Zentralbüro in Genf an den Sekretär des Völkerbundes einen Appell betr. die farbigen Truppen in den besetzten Gebieten gerichtet. Darin wird die Zurückziehung der farbigen Truppen verlangt und betont, daß deren Verwendung in Europa ein Unrecht, nicht nur gegen Europa, sondern auch gegen die farbigen Völker selbst bedeute.

Die Revision des Erfurter Programms.

Von Dr. W. Peiser.

Auf der letzten Reichskonferenz der Sozialdemokratie in Berlin wurde wiederholt der Wunsch ausgesprochen, das Erfurter Parteiprogramm auf seine Gültigkeit hin nachzuprüfen, etwa Ueberholtes zu streichen und es durch neue Gesichtspunkte zu ergänzen. Die Forderung ist nicht neu. Seit der Revolution wurde sie des öfteren gestellt, und die Tatsache, daß das Erfurter Programm nicht mehr die gleiche, unbedingt zuverlässige theoretische Grundlage der Arbeiterbewegung sei, wurde von vielen als eine der Ursachen der Zersplitterung des Proletariats und seiner Uneinigkeit in taktischen wie grundsätzlichen Fragen angesehen.

Das Erfurter Programm zerfällt bekanntlich in zwei Teile, von denen der erste Prinzipielles enthält und die Richtlinien für die Entwicklung der künftigen Gesellschaft weist, während der zweite Teil die sogenannten „Gegenwartsforderungen“ aufzählt, die wiederum in zwei Abschnitte zerfallen: Während der erste Forderungen der Sozialdemokratischen Partei für die Gesamtheit ausspricht, dienen die Punkte des zweiten Abschnitts speziell dem Schutz der Arbeiterklasse.

Im folgenden seien beide Abschnitte einer kritischen Durchsicht unterworfen. Der erste Satz lautet:

Allgemeines, gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsbürger ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen.

Diese Forderung ist durch die Novemberrevolution verwirklicht, desgleichen das Verlangen einer Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Auch die Entschädigung wird den parlamentarischen Vertretern schon seit vorrevolutionärer Zeit gewährt. Diese Bestimmungen also können gestrichen werden. In Stelle des von Erfurter Programm geforderten Proportional-Wahlsystems ist das Listenwahlsystem eingeführt worden, das die politische Anschauung des Volkes noch besser wiederzuspiegeln imstande ist, als das Proportionalwahlsystem.

Der zweite Punkt des Programms, die direkte Gesetzgebung durch das Volk, wurde von jeder von sozialistischen Theoretikern nicht betrachtet. Karl Kautsky äußert sich hierzu:

Von der direkten Gesetzgebung durch das Volk dürfen wir hier absehen. Sie kann, wenigstens in einem modernen Großstaat, und nur von solchen handeln wir hier, das Parlament nicht überflüssig machen, sie kann höchstens neben demselben in Einzelfällen zur Korrektur desselben in Tätigkeit treten. Die gesamte staatliche Gesetzgebung durch sie besorgen zu lassen, ist absolut unmöglich, und ebenso wenig möglich ist es, durch sie die Staatsverwaltung zu übernehmen und wenn nötig, zu lenken. Solange der moderne Großstaat besteht, wird der Schwerpunkt der politischen Tätigkeit stets in seinem Parlament liegen. (Das Erfurter Programm 16. Auflage Seite 212.)

Die letzte Konsequenz des Parlamentarismus ist — gleichfalls nach Kautsky — die parlamentarische Republik. Ihren weiteren Ausbau und ihre Vervollständigung, um sie zum wirksamen Instrument auf dem Uebergangsweg zur künftigen Gesellschaft zu gestalten, aufzuweisen, wird also an dieser Stelle des Programms zum Ausdruck gebracht werden müssen.

Die Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit, die das Programm weiter fordert, wird durch das uns von der Entente aufgezwungene Söldnerheer nicht erfüllt. Aus diesem Grunde haben wir an dieser, wie an der Schiedsgerichtsforderung zur Schlichtung internationaler Streitigkeiten festzuhalten. Das Recht der freien Meinungsäußerung, das grundsätzlich durch die neue Verfassung gewährt ist, muß insoweit zum Ausdruck kommen, als grundsätzlich die Beseitigung des Ausnahmezustandes gefordert wird.

Die Forderung der Gleichberechtigung der Frauen dürfte gestrichen werden, da sie zum größten Teil erfüllt ist. Wo sie fehlt — Zulassung zur Advokatur usw. — muß sie auf parlamentarischem Wege durchgeführt werden.

Die Punkte 6 und 7 beschäftigen sich mit kirchliche und Schulfragen. Bei keiner anderen Gelegenheit zeigt sich besser der Uebergangscharakter der gegenwärtigen Zeit. Gerade deshalb muß an den programmatischen Forderungen festgehalten werden, da die Entwicklung beweist, daß wir auf dem Weg zu ihrer Erfüllung sind.

Die Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und der ärztlichen Hilfeleistung, die in den weiteren Absätzen gefordert wird, muß ihrer Unklarheit entkleidet und als Sozialisierung des Rechts- und Gesundheitswesens umschrieben werden. Die Erkenntnis, daß wir wirtschaftlich hierzu zurzeit nicht in der Lage sind, ändert nichts an der programmatischen Aufstellung der Forderung. Die Tendenz zu dieser Sozialisierung ist vorhanden, und ihr muß in dem Arbeiterprogramm Ausdruck verliehen werden.

Der letzte Punkt des ersten Abschnitts, der die stufenweise steigende Einkommen- und Vermögenssteuer, wie die Erbschaftsteuer fordert, ist zum größeren Teil erfüllt, kann also gestrichen werden. Die Abschaffung der indirekten Steuern bleibt nach wie vor grundsätzliche Forderung der Sozialdemokratie.

Der zweite Abschnitt des zweiten Teils, der wie gesagt, Schutzbestimmungen für die Arbeiterklasse enthält, birgt gleichfalls eine Reihe von Forderungen, die durch die Revolution erfüllt worden sind. So die Festsetzung des Maximalarbeitstages von acht Stunden, die Beseitigung der Gefährdungen, die Uebernahme der Arbeiterversicherung durch das Reich unter Mitwirkung der Arbeiter andere Forderungen, wie die rechtliche

ses
zur
teu-
ger-
ser
gut

al

rotbraun
lz, Mainz

PHÖNIX
ALEMANIA

ungen
wöhnlich.

d. 22. Mai,
ags 6 Uhr,

Phönix I

ntoren unter
genen F.G.
e Jannoren.
m Spielen
n-Abend.

d. 23. Mai,
nen-Garten
eischneureuth
ckenheim
Georgen und
ch 3727
tatt

II. in Rastatt
ximiliansau
in Daxlanden
Weingarten.
24. Mai 2 Uhr
n-laden Phönix I
Uhr
en-Abend.

akuchac

weitzer
eback
4.25

koladen
unke

hstüch-
etrant

nder
Wisch
Kafas
Kartoffel-
mehl
ramm-Paket
4.—

il-Haler-
lakao

SP-Paket
5.80

ispuder

rschiedenen
ndungen.

akuchac

Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern, sowie Heberhöhung aller gewerblichen Betriebe durch ein Reichsarbeitsamt. Bezirksarbeitsämter und Arbeitskammern sind auf dem Weg ihrer Erfüllung. An dieser Stelle wäre es richtiger, die Wirksamkeit des neu zu schaffenden Reichswirtschaftsrats unter besonderer Betonung der Aufgaben der Arbeitervertreter in ihm klar zu umgrenzen.

Das Verbot der Nachtarbeit sowie Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren ist zu großen Teilen durchgeführt, noch nicht erreicht in sämtlichen Erwerbszweigen ist die 8stündige Arbeitsruhe des Arbeiters. Dieser Punkt müßte also als Forderung beibehalten werden.

Die vorstehenden Ausführungen sollten lediglich dem Zwecken dienen, einige grundlegende Punkte hervorzuheben und Klarheit über die gestellte Aufgabe zu schaffen. Sache der praktischen Diskussion wie der wissenschaftlichen Arbeit wird es sein, die hier gemachten Ausführungen zu ergänzen bzw. zu berichtigen.

Politische Uebersicht.

Unabhängige und Kommunisten.

Einigkeit und Schädel einschlagen.

In einem Bericht über eine kommunistische Versammlung schreibt die „Note Fahne“ das folgende:

Vertreter der U. S. P. meldeten sich nicht zum Wort, dafür sprachen ein Dutzend K. A. P.-Leute, die, da sich niemand mit ihnen in einer Versammlung beschäftigte, sich selbst untereinander aufs Schädel angriffen. Der eine verleugnete Wolffheim und Laufenberg, der nächste bekannte sich für diese, ein dritter wollte die Aktion auch über die Köpfe der K. A. P.-Männer durch die Betriebsorganisation führen, ein anderer K. A. P.-Mann sprach diesem das Recht ab, im Namen der K. A. P. zu reden, worauf andere K. A. P.-Leute lärmten. Da stellte ein K. A. P.-Mann den Antrag auf Einschluss der K. A. P.-Schreiber. Kurzum, es war lustig, diese Karawane zuzusehen. Alle K. A. P.-Leute sprachen für die Einigung des Proletariats und hätten sich darauf gegenseitig bald den Schädel eingeschlagen.

Ohne Januar-Putsch in Berlin kein Lüttich.

Am 5. Januar 1919 tagten die Obleute und da wurde ihnen erklärt, daß zehntausende Soldaten mit tausenden Geschützen und Maschinengewehren in Berlin und seiner weiteren Umgebung marschbereit stünden, die ob mit oder ohne die Arbeiterschaft marschieren und handeln würden, und als der Lutz begann, da kam nicht ein Mann.

Doch hiermit leider noch nicht genug. So gewissenlos diese „Information“ um den Beschluß (zum Putsch Red.) herbeizuführen, noch tausendmal gewissenloser war der Kampf organisiert, der völlig ohne Führung war. In Berlin wurde Verschwörerles gespielt, das man dreist und tollpatschig spielte, spielte mit Menschenleben und mit der Revolution, das zeigte sich schnell.

Die Januarbewegung ist die Geburtsstunde der Freiwilligenkorps, der Einwohnervorwehren, der Antifaschistenliga, mit ihren die Städte verschandelnden Plakaten, der wilden Seebe zu Judenpogromen, der Restauration des Heeres und des Herrn-im-Hausstandpunktes der Schlotbarone, der lächmenden und gewalttätigen Auseinandersetzungen innerhalb des Proletariats.

So schreibt der unabhängige ehemalige Volksbeauftragte Emil Barth auf Seite 132 seiner Schrift „Aus der Werkstatt der Revolution“:

Offiziere auf noch nicht abgebautem „Gorchyposten“.

Die „Berliner Morgenpost“ hat herausgebracht, daß nicht nur der innerdeutsche Postverkehr zur Bekämpfung von Kapitalberäubungen und Steuerhinterziehungen überwacht wird, sondern daß auch alle Befehrer des Telefunks, die in der Kriegszeit übernommen wurden, noch heute übermacht werden, und zwar von denselben Offizieren, die im Kriege damit betraut waren. Beschwerden bei den zuständigen Stellen haben zu der Feststellung geführt, daß diese Heberhöhungsoffiziere noch nicht „abgebaut“ werden konnten, sondern noch wie vor ihren Dienst versehen. Die „Berliner Morgenpost“ fordert mit vollem Recht, daß die Nationalversammlung noch vor Lozeschluss mit diesem Verfassungsbruch aufräume.

Väter und Söhne.

Roman von Ivan Turgenjeff.

Die Tante der Frau Doinzoff, die Fürstin A., eine kleine fleischlose Alte mit zusammengeschrunznen faustgroßen Gesicht und unbeweglichen boshaften Augen unter der grauen Haartour, trat ins Zimmer, machte vor den Gästen eine kaum merkbare Verbeugung und ließ sich in einen weiten, mit Samt gepolsterten Lehnstuhl sinken, der ihr ganz ausschließlich reserviert wurde. Katia stellte ihr einen Schemel unter die Füße. Die Alte dankte ihr nicht, nicht einmal mit dem Munde; sie bewegte nur die Hand unter dem gelben Schal, der ihren abgemagerten Körper fast ganz bedeckte. Die Fürstin liebte das Gelb: sogar das Band auf ihrer Haube war hellgelb.

„Wie hast du heute nacht geschlafen, Tante?“ fragte Frau Doinzoff mit gehobener Stimme.

„Der Hund ist noch da,“ gab die Alte brummig zur Antwort, und als sie bemerkte, daß Fifi einige unenschlossene Schritte auf sie zutrat, rief sie: „Fort, fort!“

Katia öffnete dem Hunde die Tür.

Fifi stürzte fröhlich hinaus, in der Hoffnung, sie wolle ihn spazieren führen, aber als er sich allein vor der Türe sah, begann er zu scharren und zu wimmeln. Die Fürstin runzelte die Stirn, Katia wollte hinausgehen.

„Ich glaube, der Tee ist fertig,“ sagte Frau Doinzoff. „Meine Herren, wenn ich bitten darf, Tante, wir wollen Tee trinken.“

Die Fürstin stand schweigend auf und verließ zuerst das Gastzimmer. Alle folgten ihr in den Speiseaal. Ein kleiner Kosak rückte geräuschvoll einen mit Kissen ausgelegten, ebenfalls ausschließlich für sie bestimmten Sessel an den Tisch. Die Fürstin nahm darin Platz. Katia, welche den Tee einschickte, bediente die Tante zuerst in einer mit ihrem Wappen geschmückten Tasse. Die Alte verhielte sich den Tee nicht mit Zuder, sondern mit Sonia — (sie hätte eine Sünde zu begehen geplatzt, wenn sie Zuder hinein getan hätte), auch hielt sie ihn für zu teuer — und doch bezahlte

*) Weil er mit Blut roffinet wird.

Zum Kampf gehört Geld

Mit millionenschwerem Säckel zieht die Reaktion in den Wahlkampf und scheut keine Kosten, um ihr Ziel, die alte Knutenherrschaft wieder aufzurichten, zu erreichen.

Parteigenossen, Genossinnen, Arbeiter, Angestellte, Beamte, schafft auch ihr Pulver für den Wahlkampf, denkt überall an den sozialdemokratischen Wahlfonds und an die Sammelkassen. Hinter der Sozialdemokratie stehen keine kapitalkräftigen Kreise, steht nur die eigene Kraft des Proletariats.

Denkt daran! Schafft für den Wahlfonds!

Die Kosten der Kriegsversorgung.

Die Zahl der auf Grund der Neuordnung des Kriegsversorgungs- und des Kriegsfürsorgewesens Versorgungsberechtigten beträgt nach autoritativen Feststellungen 1 1/2 Millionen. Eine Million Renten sind bereits festgelegt, 400 000 Rentenansprüche müßten abgelehnt werden. Der monatliche Zugang an neuen Rentenansprüchen beträgt immer noch 50 000. Zwei Millionen Deutsche sind gefallen, 1,8 Millionen Kriegserwitwen und Kriegserwitwen sowie 600 000 sonstige Hinterbliebene sind vorhanden. Die Gesamtzahl der an der Kriegsversorgung oder sozialen Fürsorge beteiligten Volksgenossen beträgt 5 1/2 Millionen, also 10 Prozent der gesamten Bevölkerung. Der Jahresaufwand an Renten wird 4 Milliarden übersteigen. Dazu kommt noch der Aufwand für soziale Fürsorge mit jährlich mindestens 300 Millionen. Die Bewältigung der Nahrungsaufgabe obliegt den Versorgungsbehörden. Es gibt künftig 308 Versorgungskassen zur Festsetzung der Renten. 70 000 Kriegsteilnehmer liegen noch in den Kasernen, die aber in weitem Umfang abgebaut und von denen wenige noch in Zukunft unterhalten werden.

Die Wahrheit über die Deutschnationalen.

Der Generalsekretär der Deutschnationalen Volkspartei, Herr Brüggemeister, ist aus seiner Partei ausgetreten, weil er die letzte antisemitische, putschistische und gegenrevolutionäre Politik seiner Partei nicht mitmachen will. Im „S. L.“ gibt er in einem längeren Artikel Aufschluß über die Gründe, die seinen Austritt veranlaßt haben. Die Deutschnationale Partei hatte bei ihrer Enttiefung in 16 Punkten ein Programm aufgestellt, das unter dem direkten Einfluß der Revolution sich aller ausgesprochenen reaktionären Forderungen enthielt, so stand weder die Forderung der Monarchie, noch irgend ein antisemitisches Wort darin, es wurde die Rückkehr zu der „alleinmöglichen parlamentarischen Regierungsform“ verlangt. Gegen dieses Programm hat nun im vergangenen Jahre der konfessionell-deutsche Flügel der Partei mit wachsendem Erfolg getupft. Brüggemeister schreibt darüber:

Die außerordentlich geschickte agitatorische Macho der Wehrap-Gruppe und die beispiellose Rücksichtslosigkeit vieler aus ganz anderen Lagern in die Partei vertriebener Politiker erleichterten das betrügerische Spiel, vermittelte eines in seinen Kernpunkten freilichlichen Programmes erzelebtere Wahlmasse und Umsturzpropaganda zu betreiben. Nur eine verhältnismäßig kleine Schar lebte sich hiergegen auf.

Die Opposition wurde jedoch durch den Parteivorstandenden Herrg und den Grafen Wehrap tolgemacht. Bei der wachsenden antisemitischen Tendenz der Partei ist interessant, daß die Renantifemiten Wehrap und Herrg selber der jüdischen Bevölkerung überführt sind. Der berichtigte Semi-Gotha berichtet in seinem Taschenbuch „Aristokratisch-jüdische Hiraten“ auf Seite 425 folgendes:

Wehrap, preussische Grafen, 18. April 1811. Georg Graf von Wehrap, verheiratet mit der Jüdin Anna von Wehrap, verheiratet mit

der Jüdin Anna Jaques aus Hamburg. Viktoria Gräfin von Wehrap, vermählt mit dem 1893 verstorbenen Juden Bankier Wilhelm von Krauß, Inhaber der Firma W. B. Krauß u. Komp., deren Mitinhaber der Kassenwart der Deutschnationalen Volkspartei Bruno Eder von Flonitz ist, der selber mit einer Tochter dieses Wilhelm von Krauß vermählt ist. Brüggemeister stellt schließlich fest, daß die Deutschnationale Volkspartei es durch Vergiftung des öffentlichen Lebens politisch unlauteeren Gläubigern ermöglichte, durch wüsten Jubelgeschreie unreflexe Menschen zu einer Stütztruppe gegen freizeilige Entwicklung und sozialen Fortschritt heranzugilden. — Dies Zeugnis verdient festgehalten zu werden.

Spartakus und die Franzosen.

Die französischen Behörden haben die Einfuhr des Manifestes „Noten Fahne“, Organ der kommunistischen Partei, ins besetzte Gebiet erlaubt. Man könnte sich darüber keine Gedanken machen, da die Franzosen der kommunistischen Propaganda sehr abgeneigt sind und sie im eigenen Lande heftig bekämpfen, die Erlaubnis der Einfuhr also einen besonderen Grund haben muß. Aber man braucht sich den Kopf nicht zu zerbrechen, denn die „Note Fahne“ schreibt in ihrer letzten Nummer zur Räumung Straßburg u. a.:

„Was bedeutet diese Befreiung, über die der Bürger jubelt? ... Für den deutschen Arbeiter bedeutet es, daß England und Amerika an der deutschen Konterrevolution in stärkstem Maße interessiert ist, und nur deshalb zwingen sie Frankreich, den Feind der deutschen Gegenrevolution zum Rückzug.“

Man sieht, die „Note Fahne“ macht nicht bloß für den Kommunismus Propaganda, sondern auch — für die Franzosen!

900 Prozent Dividende beim Heringsgeschäft.

Der „Berliner Fischmarkt“ bringt folgende Mitteilung: Die „Arbeitsgemeinschaft deutscher Salzheringimporteure“ legte die Bilanz vor, die einen Bruttoertrag von ca. 10 000 000 Mk. ergab. Nach Abzug der Unkosten (etwa 2 1/2 Millionen) gelangen gegen 7 1/2 Millionen an die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft zur Ausschüttung. Es entfallen auf einen Anteil von 10 000 Mk. sage und schreibe 90 000 Mk., also 900 Prozent! Die Arbeitsgemeinschaft deutscher Salzheringimporteure ist eine Gründung der der Salzheringseinfuhrgesellschaft G. m. b. H. angeschlossenen Salzheringimporteure. Sie hat mit der Regierung ein Abkommen getroffen, wonach sie für den Einkauf der Heringe in Norwegen usw. das nötige Personal stellt.

Warum wird der Heberführer nicht an das Reich abgeführt? Welches Recht haben ein paar bevorzugte Kriegsgewinnler auf solche Verdienste, die der breiten Masse erpreßt worden sind!

Badischer Landtag.

gr. Karlsruhe, 21. Mai.

42. öffentliche Sitzung.

Präsident Kopf eröffnet die Sitzung um 8.20 Uhr.

Das Ministerium des Innern legt einen Gesetzentwurf über die Befolgung der Gemeinde- und Körperschaftsbeamten vor.

Zweite Lesung der Befolgungsordnung.

Hg. Marum (Soz.) dankt als Berichterstatter den Beamten des Finanzministeriums für die Mitarbeit zwecks rascher Erledigung des Gesetzentwurfs, den er, wie Berichterstatter Hg. Lefter (Dem.) auch in zweiter Lesung zur Annahme empfiehlt.

Der Gesetzentwurf über die Staatsbeamten-Befolgungsordnung wird in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Abänderung des Verwaltungsgebührengesetzes und des Kostengesetzes.

Hg. Schneider-Heidelberg (Str.) berichtet namens der Kommission über den Gesetzentwurf zur Abänderung der Verwaltungsgebühren, der eine Erhöhung der Sporeln und Gebühren bei den Verwaltungsbehörden empfiehlt, da die heutigen Sätze nicht mehr den Verhältnissen entsprechen. Der Ausschuss empfiehlt Annahme des Gesetzentwurfs gemäß der Abänderung der Kommission. — Der Gesetzentwurf wird einstimmig angenommen.

Hg. Schneider-Heidelberg (Str.) berichtet namens des Ausschusses über den Gesetzentwurf zur Abänderung des Kostengesetzes vom 24. September 1908, der eine Erhöhung der Gebühren vornimmt. Die Kommission beantragt Annahme des Gesetzentwurfs gemäß den Abänderungen des Ausschusses. — Der Gesetzentwurf wird einstimmig angenommen.

nate. Sie spielte sehr gut, wenn auch etwas steif und trocken. Die Augen unverwandt auf die Noten gefeset, die Rippen fest geschlossen, sah sie da, gerade und unbeweglich, und nur gegen das Ende der Sonate rötete und belebte sich ihr Gesicht und eine kleine Lode löste sich von dem übrigen Haar und fiel auf die schwarzen Brauen nieder.

Mit besonderem Genusse hatte Arkadi den letzten Teil der Sonate angehört, jenen Teil, wo mitten in der begaubernden Fröhlichkeit einer glücklichen Melodie plötzlich mit aller Gewalt ein bitterer, ein fast tragischer Schmerz hervorbricht. ... Aber die Gedanken, welche Mozarts Musik in ihm anregten, bezogen sich nicht auf Katia. Wenn er sie anblickte, ging ihm nur der Gedanke durch den Sinn: „Dieses junge Mädchen spielt nicht übel und ihre Erscheinung ist ebenfalls nicht übel.“

Als die Sonate zu Ende ging, fragte Katia, ohne die Hände von den Tasten zu nehmen: „Ist's genug?“

Arkadi antwortete, daß er ihre Freundlichkeit nicht mißbrauchen wolle, und begann von Mozart zu reden; er fragte sie, ob sie diese Sonate selbst ausgewählt habe, oder ob sie ihr von jemand empfohlen worden sei.

Aber Katia gab ihm nur einbilbige Antworten, sie hatte sich gleichsam verdeckt, sich in sich selbst zurückgezogen. Wenn sie in diese Stimmung verfiel, dauerte es lange, ehe sie sich wieder herausfand, sogar ihre Gesichtszüge nahmen dann einen starren, fast stumphen Ausdruck an. Nicht als ob sie schwächern gewesen wäre, aber sie war mißtrauisch und ein wenig ich gemacht durch ihre Schwester, welche ihre Erziehung leitete und natürlich keine Ahnung davon hatte, was in ihr vorging.

Um seine Haltung zu bewahren, sah Arkadi sich schließlich genötigt, Fifi, der wieder eingetreten war, zu sich zu rufen, und er begann ihm unter freundschaftlichen Lächeln den Kopf zu streicheln.

Katia fehrte zu ihren Blumen zurück.

Zwischen hatte Bataroff Vete auf Vete gemacht. Anna Sergejewna wickelte anscheinend und Porfirij Platonitsch stand ebenfalls seinen Mann. Bataroff verlor und obgleich der Verlust nicht bedeutend war, berührte er ihn doch etwas unangenehm.

(Fortsetzung folgt.)

te für ihren Unterhalt keinen Kopfen). — Wöglich fragte sie mit hehrer Stimme: „Was schreibt denn Furst Ivan?“

Niemand antwortete ihr. Bataroff und Arkadi merkten bald, daß man sich so gut wie gar nicht um sie kümmerte, wenn man sie auch mit Achtung behandelte.

Diese Spottgeburt von einer Fürstin wird nur als eine Art Schamstük gehalten,“ dachte Bataroff.

Nach dem Tee schlug Anna Sergejewna einen Spaziergang vor. Aber es begann sanft zu regnen, und so fehrte die ganze Gesellschaft mit Ausnahme der Fürstin in das Gastzimmer zurück. Kurz nachher kam der Nachbar, welcher so gern eine Partie Karten machte. Er hieß Porfirij Platonitsch. Er war ein kleiner dider Rahlkopf mit kurzen, gleichsam auf der Drehbank gedrehten Säbelbeinen, übrigens sehr höflich und unterhaltend. Anna Sergejewna, die fast immer mit Bataroff sprach, fragte ihn, ob er Lust habe, sich mit ihnen in dem alten Referenzspiel zu messen. Bataroff ging darauf ein, denn er mißte sich auf seine Funktionen als Kreisarzt vorbereiten.

„Nehmen Sie sich in acht,“ bemerkte Anna Sergejewna, „Porfirij Platonitsch und ich werden Sie schlagen. Und du, Katia,“ sagte sie hinzu, „wiele Arkadi Nikolajewitsch irgend etwas vor; er liebt die Musik und wir werden dir ebenfalls zuhören.“

Katia trat mit wenig Eifer an das Piano und Arkadi, obgleich er wirklich die Musik liebte, folgte ihm nur widerwillig; er hatte den Eindrud, als suchte Frau Doinzoff ihn los zu werden — und wie jeder junge Mann seines Alters empfand er bereits jenes unbestimmte quälende Gefühl, das der Ahnung der Liebe gleicht. Katia öffnete das Piano und fragte Arkadi, ohne ihn anzusehen, mit halblauter Stimme: „Was soll ich spielen?“

„Was Sie wollen,“ antwortete Arkadi in gleichgültigem Tone.

„Was für Musik leben Sie am meisten?“ fuhr Katia, ohne ihre Stellung zu ändern, zu fragen fort.

„Klassische Musik,“ antwortete Arkadi in demselben Tone.

„Lieben Sie Mozart?“

„Ja.“

Katia wählte Mozarts C-Moll-Phantastie mit der So-

Außerordentlicher Etat des Unterrichtsministeriums.
 Abg. Stöckinger (Soz.) berichtet namens der Kommission über den außerordentlichen Etat des Unterrichtsministeriums. Zunächst dient er Neubauten und Umbauten. Insbesondere zeigt das außerordentliche Hochschulbudget eine starke Verengung der Lehrmittel und medizinischen Instrumente, was für die Studenten noch außerordentlich hohe Ausgaben für Kost und Wohnung kommen. Die Kriegsnachwirkungen haben so den Univeritätsbetrieb außerordentlich schlimm beeinflusst. Zu prüfen ist, ob die Verpflegungslage an den Univeritäts-Krankenanstalten nicht zu erhöhen sind, da die jetzigen Beträge nicht mehr ausreichen. Zur Förderung des Studiums tüchtiger und bedürftiger Schüler sind 10 000 M. eingesetzt. Im Ausschuss wurde darauf hingewiesen, daß damit nicht viel anzufangen sei. Doch erklärte die Regierung, daß darin vorerst nur eine prinzipielle Stellungnahme liege. Diese Summe wird späterhin noch stark zu erhöhen sein. Die Kommission beantragt Annahme des außerordentlichen Etats.

In der Einzelberatung
 Abg. Ministerialrat Schwörer nach Bemerkungen des Abg. Mast (Ztr.), der auf der Tribüne unverständlich ist, daß der städtische Anzuchtgarten Freiburg als Bauplatz für das anatomische Institut Freiburg vermutlich fallen gelassen wird, jedoch von dem angelegten Betrag von 150 000 M. wachsende kein Gebrauch gemacht wird. Verichterichter Stöckinger (Soz.) bittet zur Erleichterung der Verhandlungen der Regierung den Betrag für die Errichtung des Gartens nicht gebraucht wird. Die V. on wird genehmigt.

Abg. Frau Nibel (Ztr.) freut sich der Einrichtung von Schulbüchern. Unterrichtsminister Hummel teilt mit, daß mit dem Frauenverein Verhandlungen schwebend zwecks Uebernahme des Haushaltungslernlehreministers in den Staatsbetriebe.

Das außerordentliche Budget des Unterrichtsministeriums wird einstimmig genehmigt.

Kultusetat.
 Abg. Stöckinger (Soz.) berichtet namens der Kommission über das Kultusetat. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien traten im Ausschuss für Genehmigung ein. Die sozialdemokratischen Vertreter wiederholten ihren Antrag den Zeuungsausschuss an die Geistlichen als Vorlauf zu gewähren, der von den anderen Parteien abgelehnt wurde. Bei der Abstimmung des Kultusetats enthielten sich die Sozialdemokraten der Abstimmung. Die Kommission empfiehlt Annahme des Kultusetats.

Abg. Gölbermann (Dem.) betrachtet es als einen Fortschritt, daß der frühere Streit über das Kultusetat verhandelt ist. Der außerordentliche Etat bringt wieder eine ansehnliche Summe für die Geistlichen aller Konfessionen, wofür diese dankbar sind. Sie stehen jedoch in der Besatzung weit hinter den anderen akademisch gebildeten Beamten zurück.

Abg. Dr. Schöfer (Ztr.) stellt fest, daß die Geistlichen in die anderen Klassen der Gehaltsordnung kommen. Ich verfolgte die Zeitungen — von Protestverammlungen habe ich nichts gehört. Trotzdem wird auch weiterhin ein Zugang zum geistlichen Beruf erfolgen. Ernter ist der Mangel an Mitteln für den Klerus sich früher anzuweisen. Wir haben einen ständigen Wiederbruch ohne daß man Besserung sieht. Dies können jedoch nicht die Gelehrten machen, sondern dazu ist die Gottesfürdt nötig. Hier liegen Staatsnotwendigkeiten vor, an denen die Sozialdemokratie mit dem Ernterprogramm nicht vorbei kommt. Der Unterrichtsminister sollte zur Erhöhung der Mittel für die Geistlichen einmal ein vertrauliches Gespräch mit dem Finanzminister führen.

Abg. Mayer-Karlruhe (D.M.) macht darauf aufmerksam, daß die evangelische Kirche noch genötigt ist, bei den obersten Mitgliedern ihrer Kirchenbehörde, denen die Vermögensverwaltung übertragen ist, noch ein Plaket des Staates einzubringen, was mit den heutigen Verhältnissen nicht in Einklang steht. Es scheint mir unerträglich, daß der Staat hier ein so weitgehendes Recht besitzt. Heute ist dieses Recht nur formell und bedeutungslos; doch könnte es einmal zu Konflikten Anlaß geben.

Kultusminister Hummel erklärt, daß die Beziehungen zwischen Staatsbehörden und Kirchenbehörden sich ohne Reibung vollziehen, was der Korredner in dankenswerter Weise anerkannt habe. Wir werden die Wünsche der Korredner in wohlwollender Weise behandeln. Wir treffen die Maßnahmen in Bezug auf das Plaket nur im Einvernehmen mit der evangelischen Kirche. Ebenso behandeln wir die Neuordnung der Vermögensverwaltung der Kirchenbehörden im Einvernehmen mit der Kirche.

Abg. Stöckinger (Soz.): Unsere Anträge beweisen, daß wir der Kirche volle Freiheit geben wollen. Wir freuen uns, daß der Abg. Mayer-Karlruhe das gute Verhältnis von Staat und Kirche anerkennt. Das werden wir uns merken. Leider wird man es brauchen anders.

Abg. Mayer-Karlruhe (D.M.): Für letztere Behauptung kann kein Beweis beigebracht werden.

Abg. Stöckinger (Soz.): Ich will damit auf die allgemeinen Behauptungen der Rechtsopposition hinweisen.

Abg. Dr. Schöfer (Ztr.) weist beim Kapitel „Israelitischen Oberat“ darauf hin, daß hier jetzt die Einmischung des Staates aufzuheben ist, durch die sich der orthodoxe Teil der Juden benachteiligt fühlt.

Minister Hummel: Wir werden den Staatskommissar für den Oberat der Israeliten seinen Tag länger aufrecht erhalten, als es nötig ist, um die Beschwerden der orthodoxen Israeliten auszuheben.

Abg. Stöckinger (Soz.): Auch in dieser Frage zeigt sich, daß die Trennung von Staat und Kirche die beste Erleichterung ist. Der Kultusetat wird angenommen. Die Sozialdemokraten enthalten sich der Abstimmung.

Die Gesetzentwürfe über die Abänderung des Verwaltungsbehördengesetzes wird in zweiter Lesung einstimmig angenommen. Eingegangen ist ein Antrag aller Parteien mit einem Gesetzentwurf betr. Abänderung des Gesetzes über die Diäten der Abgeordneten, der an den Haushaltsausschuss geht.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 27. Mai, nachm. 4 Uhr. Tagesordnung: Notfinanzegelei, Wirtgewerkschaftsgelei, Vermögens- und Einkommenssteuergelei, Gesetzentwurf über die Gemeinde- und Körperlichkeitsbeamten, Diätengesetz. Schluß der Sitzung 11.40 Uhr.

Badische Politik.

Der Haushaltsanschluß des Landtags
 erlebte in der Sitzung am Freitag nachmittag die noch ausstehenden Teile des Staatsbudgets. Nach einem kurzen Referat des Berichterstatters Habermehl wurde der Voranschlag der Oberrechnungskammer genehmigt. — Der Finanzminister bittet um die Ermächtigung, den Beamten im besetzten Acker Gebiet besondere Beihilfen zu gewähren. Die Beihilfe soll in Höhe 120 M. monatlich, in den übrigen Orten 96 M. betragen; für jedes Kind sollen 25 M. gegeben werden. Der Aufwand beläuft sich auf 288 000 M. jährlich. Diese Abstimmung über die Forderung wurde für die nächste Sitzung verschoben. — Ueber den Voranschlag des Murgewerks berichtete in ausführlichen Darlegungen der Verichterichter Abg. Habermehl. Der Betriebsrat enthält eine Anforderung in Höhe von 6 019 200 M. Eine Reihe von Positionen beruht nur

Demokratie und Räteystem im Wahlkampfe.

Je weniger wir uns heute den Luxus von Lehrgeld erlauben dürfen, desto notwendiger wird es, jede Sozialisierung genau vorzubereiten. Nichts ist schlimmer als die überhaufte, schablonenhafte Manier der Sozialisierung, wie sie in Russland und Ungarn vorgenommen wurde. Es wäre bei unserer Armut auch doppelt notwendig, überall dort, wo sozialisiert wird, jene Seiten besonders stark hervorzuheben zu lassen, die die sozialisierte Arbeit produktiver machen als die kapitalistische, und andererseits alles zu vermeiden, was jene Arbeit unproduktiver machen könnte.

Mit diesen Worten stellt Karl Kauchly im „Anabhängigen sozialdemokratischen Jahrbuch“ fest, daß die Sozialisierung ein sorgsam vorbereitetes Werk sein müsse. Es wäre schon in ruhigen Zeiten der größte Schaden für die Sache unermesslich, wenn eine überstürzte Methode den wirtschaftlichen Mißerfolg nach sich zöge; wenn die Gegner des Sozialismus auf die Folgen solcher Ueberstürzung hinweisen und aus dem Mangel an Methode ein Verlangen des Prinzips herleiten könnten.

Um wieviel befährlicher als in ruhigen Zeiten aber wäre das Experimentieren auf unzureichendem Boden, ungesicherten von den Sachgelehrten der wirtschaftlichen Entente! Heute ist für uns der allerwichtigste Augenblick für Verträge auf dem Gebiete der Sozialisierungsmethode, während wir feitorgezeichnete Wege kennen, auf denen wir zwar wahrscheinlich langamer, bestimmt aber unter geringeren Gefahren zum Sozialismus gelangen können.

Aber nicht allein die Gefahr steht vor uns, den Sozialismus durch fehlerhafte Versuche zu entwerten, sondern auch die andere, daß er nicht genug leistet. Wenn wir die neue Produktionsform der Welt geben wollten, müßten wir vor allem auch erweisen, daß sie besser ist als die alte kapitalistische; müßten wir diesen Beweis nicht erbringen, dann verliere der Sozialismus alle Werbekraft. Die sozialisierte Arbeit müßte sich als produktiver erweisen als die auf dem Boden der Privatwirtschaft vor sich gegangene. Das Räteystem ist noch nicht ausprobiert, es ist bislang nur ein Gebanke, der erst aus der weiteren Entwicklung heraus Gestalt gewinnen muß.

Daß aber das Räteystem nichts Fertiges ist und deshalb eben durchaus nicht von heute auf morgen improvisiert werden kann, belernen die Vertreter der Idee ja selbst in unzähligen Schriften und Reden. Selbst Däumig, im Lager der U.S.P. vielleicht der radikalste Vertreter der Diktatur des Proletariats, gibt zu, daß diese erst dann möglich sein wird, wenn sie organisatorisch genügend vorbereitet ist, was nur durch das Räteystem in den Betrieben geschehen kann. Dort stehen die Ratens der zukünftigen proletarischen Lenker und Leiter des sozialisierten Wirtschaftsbetriebes. Bis die Betriebsräte nicht gelernt, bis sie in den verwickelten Produktionsprozess nicht ihn geistig beherrschend eingedrungen sind, solange kann von ihrer Diktatur keine Rede sein. Sie können den sozialisierten Betrieb ohne ihn in allen technischen und kaufmännischen Einzelheiten zu verstehen, nicht durchführen gegen den Widerstand der von ihren Thronen wohl äußerlich verdrängten Unternehmer, die ihre Herrschaft aber geistig behielten, wenn sie allein den Produktionsvorgang geistig verständen.

Auch das „Wirtschaftliche Kampfbuch für die Betriebsräte“, das ganz auf die Räteidiktatur eingestellt ist, belernt durch einen Aufsatz von Mint, einem Spezialisten des Rätegedankens:

„Nur ein Ignorant kann sich anmaßen, den Aufbau der sozialistischen Produktion mit ein paar Federstrichen abzumal. Wir müssen . . . lernen, daß unsere erste und wichtigste Aufgabe ist uns eine gründliche Kenntnis des gesamten Wirtschaftslbens anzueignen.“

Die Bestrebungen, die Diktatur des Proletariats an Stelle der Demokratie zu setzen, sind aber auch deshalb falsch und schädlich, weil die Arbeiterkraft garnicht in der Lage wäre, ihre Herrschaft gegen den Willen der anderen Klassen durchzusetzen. Eine proletarische Diktatur in Deutschland würde den erbitterten bewaffneten und wirtschaftlichen Widerstand der Bauern vor allem heraufbeschwören, wozu Karl Kauchly sagt, daß die Sozialisierung der Industrie, soweit sie heute schon sei den gegebenen technischen und ökonomischen Bedingungen des Landes und der moralischen und intellektuellen Höhe des Proletariats möglich ist, nur dann Bestand haben wird, wenn sich die Bauernschaft mit ihr abfindet.“

auf Schätzung, Ueberraschungen sind also nicht ausgeschlossen. Im außerordentlichen Etat (Baueat) werden 20 Millionen Mark angefordert. Die Summe stellt die Kosten dar für Ergänzung- und Erweiterungsbauten sowie diejenigen des Baues einer 100 000 Voltleitung zur Verbindung des Murgewerks mit dem Kraftwerken am Obersee einschließlich Transformationsstation. Der Minister Kulek bittet, die Position abzusehen, weil sich die Verhältnisse wesentlich geändert haben; in einem Nachtrag sollen die notwendigen Summen angefordert werden. Der Kraftbedarf im Oberland ist ein außerordentlich großer. Eine 45 000 Voltleitung soll von Laufenburg nach Rheinfelden, eine gleiche von Laufenburg nach Neustadt und eine 20 000 Voltleitung vom Obersee nach Freiburg gebaut werden. Der von dem Privatwerk in Laufenburg eingeleitete Sperrtag ist durch das Eingreifen des Ministeriums wieder aufgehoben worden. — Da eine Reihe von Fragen im Ausschuss aufgeworfen wurde, deren Klärung erst in einer späteren Sitzung erfolgen kann, wurden die Verhandlungen abgebrochen und die Sitzung auf Mittwoch vormittag aberaumt.

Die Abrechnung des Ministers Kemmele

mit den Kommunisten des Oberlandes in Verammlungen in Waldshut, Rheinfelden usw. ist der „Notenjahne“ in Mannheim stark auf die Nerven gefallen. Sie bringt in ihrer Nr. 57 vom 15. Mai einen längeren Bericht, der natürlich die kommunistischen Redner (im übrigen wahre Muster von politischer Unwissenheit und erbärmliche Selbden der Phrasen) stark heranstreicht und bezüglich des Ministers Kemmele u. a. behauptet, er sei in Waldshut durch die empörenden Zwischenrufe der Arbeiterkraft derart aus dem Konzept geraten, daß der Vorsitzende die Verammlungen schließen mußte. Wer unsere Genossen Kemmele kennt und ihn schon in Verammlungen gehört hat, der weiß, wie hier gelogen worden ist.

Wahr ist in Wirklichkeit, daß Minister Kemmele in der Waldshuter Verammlungen unter lebhaftem Weifoll der Arbeiter und Parteigenossen mit den Kommunisten in einer Art und Weise Abrechnung gehalten hat, daß sie nach etwa 20 Minuten in ungeheure Erregung gerieten und in ihrer grenzenlosen Wut den vorzeitigen Schluß der Verammlungen provozierten. Vorheren haben sie dabei sicher nicht gewillt, denn jeder anständige Verammlungsbesucher hat sich mit sichtlichem Ekel von einem solchen widrigen Treiben fanatisierter und verwirrter Köpfe abgewandt.

Der Bericht der „Notenjahne“ sagt dann weiter, in Säckingen sei der kommunistische Lehrer Kunz mit Kemmele zusammengestoßen. Auch diese Behauptung ist unmaß. In Säckingen kam es überhaupt zu keiner Diskussion, obwohl Kommunisten und Unabhängige anwesend waren. Was die Verammlungen in Rheinfelden anlangt, so stimmt auch hier der Bericht in keiner Weise. Es ist keineswegs dort eine Redzeit von 5 Minuten festgesetzt worden. Der eigens von Freiburg herbeigekommene Kunz hat volle 34 Stunden gesprochen, ebenso hat der aus Korrach gekommene Unabhängige Bod von der freien Redezeit ausgiebigen Gebrauch gemacht. Daß Kemmele mit Kunz scharfer abrechnete, wie mit Bod, lag daran, daß Kunz sich derart in Spekulationen und graue Theorien verlor, daß eine energische Überwindung mit diesen politischen Phantasten geboten war. — Jedermann kann hiernach ersehen, was es mit der Endbemerkung der „Notenjahne“ auf sich hat, es seien in Waldshut 18 Aufnahmen in die kommunistische Partei Deutschlands zu verzeichnen gewesen. Diese 18, wenn sie wirklich die Torheit begangen haben, sich in die Reihen der Arbeiterverblühter und politischen Phrasenre zu stellen, können wir höchstens bedauern, neiden tun wir sie den Kommunisten nicht.

Rechtsparteien und Generalstreik.

Einer der Hauptstolperer der Deutschnationalen und der ihnen verbündeten Deutschen („Liberalen“) Volkspartei bildet der Hinweis auf den zur Bekämpfung des Rapp-Rußches aufgerufenen Generalstreik. Wenn dieser Generalstreik auch für jeden deutschen Republikaner annehmlich der bedrohten Verfassung eine Selbstverständlichkeit war, so dürfte es doch interessant sein, festzustellen, daß auch für die Rechtsparteien der Generalstreik eine nationale Not sein kann. Die „Frankfurter Zeitung“ erhält nämlich eine Zuschrift aus Kreuznach, die hierzu folgende passende Erinnerung ausbringt: „Ich wundere mich, daß man sich nicht mehr erinnert, daß im vergangenen Jahre, als in einigen Städten des be-

sehten Gebiets die Rheinische Republik ausgerufen wurde, sich spontan alle Kreise der Bevölkerung in Wiesbaden, Mainz, Rachen und anderen Plätzen zum Generalstreik zusammenschlossen und daß dadurch die Bestrebungen dortens vereitelt wurden. Demals fiel es den Herren der Rechten nicht ein, den Generalstreik zu verurteilen, im Gegenteil, er wurde allgemein als nationale Tat gepriesen. Wenn damals der Generalstreik als politisches Abwehrmittel berechtigt war, so war er es nicht weniger im Falle Rapp, wo dem Bestand des Staates in noch höherem Maße Gefahr drohte als im Falle Dorten. Allerdings wird der Standpunkt der Rechtsparteien dadurch beeinflusst, daß sich die Bestrebungen der Herren Rapp und Genossen der inneren Billigung der Rechtsparteien erfreuten.“

Diese Feststellung beleuchtet die Haltung der Rechtsparteien treffend, indem er zeigt, daß diese den Generalstreik beim Rapp-Rußch nur deshalb belämpften, weil er sich gegen die versöhnungsbereiten Offiziere richtete und sich durch seinen Erfolg als wirksamste Waffe der Arbeiterkraft offenbarte.

Eine Neuzeichnung der Deutschen Volkspartei.

Angehts der Abwanderung verschiedener Selbstdemokraten zur realistischen Deutschen Volkspartei weist der konservative Schriftsteller Adam Röder darauf hin, daß diese Abwanderungen zur „liberalen“ Deutschen Volkspartei von „reinen Portemonnaie-Interessen“ diktiert sind, indem er weiter anfügt:

„Man will recht gerne liberal sein: auf die muckrischen Pfaffen schimpfen, die Kirche „respektieren“, aber hübsch fern von ihr, in der Malerei fürs Natte, im Theater für den Chebruch, in der Mode fürs Dekorativ-Groteske, in der Naturwissenschaft für freie Forschung, in der Philosophie für die Skepsis schwärmen — aber diese gottverdammten Kerls von unten, die Arbeiter, die kleinen und mittleren Beamten, die Angestellten aller Gattungen — die „Leute“, wie die Ostelbier sagen — so über das nationale Portemonnaie verfügen zu sehen — das geht nicht.“

Deshalb gehen, wie der Herausgeber der „Südd. Konf. Korrespondenz“ bemerkt, diese Kreise „zur nationalliberalen Partei, die jetzt auf den schönen Namen Volkspartei hört.“ Vielleicht hätte Herr Röder noch gut getan, wenn er im Anschlusse hieran darauf hingewiesen hätte, daß die Deutsche Volkspartei mit ihrer Vorgängerin, den Nationalliberalen, auch noch die Geschäftlichkeit teilt, auf Gleichwegen das Volk hinteres Licht zu führen, wie bei den Nationalliberalen das ersichtliche Mandat Wiltum bei der Deutschen Volkspartei das jetzt abgelebene schwerindustrielle Allddeutschum beweist.

Der Kraftwagenverkehr am Wahlfreitag, 6. Juni ist vom Ministerium des Innern vollständig freigegeben worden. Alle Beschränkungen, denen sonst der Kraftwagenverkehr an Sonn- und Feiertagen, sowie zur Nachtzeit unterworfen ist, wurden für diesen Tag aufgehoben.

Gewerkschaftliches.

Zum Streik in der Kartonnagenfabrik Dreifus u. Roos in Muggensturm

erhalten wir folgende Zuschrift: In Nr. 114 des „Vollstreund“ ist ein Bericht über den Streik bei der Firma Dreifus u. Roos in Muggensturm enthalten, in dem der Werkmeister Hornung in Kaffatt als Klausreißer und Krauerpflanze hingestellt und der Werkmeisterverband erucht wird, sich des Werkmeisters Hornung anzunehmen. Nun haben das Gewerkschaftsstatut Kaffatt, Soz. Partei, Werkmeisterverband und der Betriebsrat der Firma Dreifus u. Roos zu den Anschuldigungen gegen Werkmeister Hornung Stellung genommen. Nach Anhörung des Betriebsrats der Firma wurde folgende Entschliekung einstimmig angenommen:

„Der Betriebsrat der Firma Dreifus u. Roos erklärt, daß in dem Betrieb in Kaffatt nur die 6 männlichen Arbeiter in Streik stehen, es arbeiten also von 88 Beschäftigten 82 weiter. Die Arbeiterinnen wurden von ihren männlichen Kollegen aufgefördert, weiterzuarbeiten. Werkmeister Hornung hat keine Streikarbeit geleistet und auch keine von seinen ihm unterstellten Leuten verlangt. Zu bemerken ist noch, daß Hornung früher schon mitarbeitete, wenn es erforderlich war. Der Betriebsrat stellt weiter fest, daß nicht Hornung die Arbeiterinnen an den Maschinen zur Weiterarbeit aufforderte, sondern der Firmeninhaber selbst, welcher auch die fraglichen Arbeiterinnen entlassen hat. Ferner sei noch festgesetzt, daß der Streik ein wilder ist und ein formeller Streikschluß nicht vorliegt.“

Obne uns in die Sache weiter einzumischen, müßten wir doch verlangen, etwas mehr Vorsicht walten zu lassen, bevor

man einen Menschen als Mausestich brandmarkt und ihm die Ehre abschnidet. Mehr Ueberlegung und eingehende Untersuchung ist am Platze, besonders wenn es sich um Arbeiter handelt, die schon seit Jahrzehnten organisiert sind. Das Bemerknis zu einer anderen Partei, als es einigen politischen Neulingen beliebt, darf kein Grund sein, einen Mitarbeiter an der Ehre anzugreifen. Ein solches Vorgehen schadet dem Ansehen der Arbeiterbewegung und der Arbeiterpresse.

Gemeindepolitik.

8. Dürrenbüschig b. Bretten, 21. Mai. Zu der gestern stattgefundenen Bürgermeisterversammlung war der bisherige Bürgermeister G. Lindörfer wieder aufgestellt; als Gegenkandidat trat ihm ein Anhänger der „Christlich-nationalen Volkspartei“ gegenüber. Die Auffstellung dieses letzteren Kandidaten war nur ein Ausfluß von persönlicher Mißgunst und Mordgierde gewisser Leute hier. Herr Lindörfer hat es während seiner Amtszeit verstanden, die Interessen der Gemeindeglieder, sowohl der Landwirte, wie auch der Arbeiter gut zu wahren und Ordnung in der Gemeinde zu halten. Die Gegner erlebten denn auch einen Hinfall denn der bisherige Bürgermeister wurde mit den Stimmen der Demokraten und Sozialdemokraten gegen 81 Stimmen des gegnerischen Mißmachers gewählt.

*** Pforzheim, 20. Mai.** Die finanzielle Notlage der Städte beleuchtete der Oberbürgermeister in der letzten Bürgerausschusssitzung. Er teilte mit, daß Pforzheim nach der neuen Steuerregelung mit einem Ausfall von 13 Millionen im Jahre zu rechnen habe. Die Städte müßten die ihnen noch verbleibenden Steuerrechte so weit irgend anständig ausbauen, aber trotzdem noch manche soziale und kulturelle Aufgabe zurückstellen. Die teilweise Erhöhung der Luftverkehrssteuer fand die Zustimmung des Bürgerausschusses, ebenso der Einheitspreis von 10 Pfg. bei der Straßenbahn. Die Verstaatlichung der Filmindustrie und die Kommunalisierung der Kinos soll von den Städten bei der Regierung beantragt werden. Zu dem Gesundheitszustand der hiesigen Kinder wurde mitgeteilt, daß dieser durchschnittlich schlechter sei, als bei den Wiener Kindern.

Dos, 17. Mai. Gemeindepolitik. Mit Rücksicht auf die vom 1. April ds. Js. wird der Preis des Wassergases von 25 auf 50 Pfg. erhöht. Die Erhebung der Wassermessermiete kommt ab dieser Zeit in Bezug auf die Wassermessung über 25 mm d. W. Der Nachtrag für verschiedene Wassergrundstücke wurde ermäßigt, verschiedene Futterplätze vergeben und mit der Verteilung weiterer noch zur Verfügung stehender Futterplätze eine Kommission beauftragt. — Für die Reichstagswahl wurden die Wahlvorsteher und deren Stellvertreter dem Bezirksamt in Vorschlag gebracht. — Der Abhaltung eines Waldgottesdienstes im Siedelgartenwald wurde einem eingegangenen Gesuch zufolge stattgegeben. — Die Brennholzkommission wurde durch ein weiteres Mitglied an Ostschweuern ergänzt. — Der Armenrat wird durch vier weitere Personen ergänzt. — Für die Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober 1920 wurde ein Hilfsfeldhüter bestellt. — Die eingegangenen Bewerbungen um die Volksschule und Schuldienerstelle in Ostschweuern wurden der Personalkommission zur Prüfung und Vorschlägen überwiesen.

4. Freiburg, 20. Mai. Die Stadt Freiburg hat beschlossen, einen Fond anzuschaffen, dessen Ertrag in erster Linie dazu bestimmt ist, die badiischen Studierenden der nach Freiburg verlegten und der Univeristät angegliederten Forstakademie zu unterstützen. — Das Gewerkschaftsamt hat an den Stadtrat das dringende Ersuchen gerichtet, die Vorkontrollen zusammenzulegen. Auch wird eine verstärkte Kontrolle der Krankenkassen und die Abschaffung der Dauerkarten für Krankentage gefordert.

Jugend und Sport.

Die Süddeutschen von Stuttgart sind am Pfingstmontag bei dem F. C. Franconia Karlsruhe zu Gast. Die Mannschaft ist Meister in ihrer Klasse und verfügt über ein tadelloses Zusammenspiel. Das Spiel beginnt um 3 Uhr auf dem Sportplatz an der Durlacher Allee. Diesen Spiel geht ein solches der F. C. Mannschaften der beiden obengenannten Vereine voraus. Es ist also ein nationaler sportlicher Kampf zu erwarten, der den in letzter Zeit stattgefundenen internationalen Treffen um nichts nachsteht wird.

Die holländische Mannschaft Utrecht VV ist eine hervorragende Klasse, das hier gebotene Können reicht an das von W.A.R. Budapest im letzten Jahre heran. Beginn 3 1/2 Uhr.

Der F. C. Grünwindel hat auf Pfingstmittwoch, abends 8 Uhr eine Matineeausstellung verpflichtet. Die Mannschaft spielt über Pfingsten bereits gegen bekannte Fußballvereine Süddeutschlands. Ihr letztes Spiel trägt diese in Grünwindel aus. (Siehe heutiges Interat.)

Wohlfahrtswort. Der hiesige Turn- und Sängerbund beabsichtigt am 13. Juni hier ein Volksfest zu veranstalten, wogu wir an alle Brudervereine mit der Bitte heranzutreten, uns mit ihrer Teilnahme zu unterstützen. Es wird unser Bestreben sein, allen Teilnehmern für möglichst wenig Ausgaben ihre Bedürfnisse zu befriedigen, zumal wir auf die Opferfreudigkeit unserer Ordisenmitglieder an diesem Tage bestimmen glauben rechnen zu dürfen.

Pfingstsonne.

Von Ernst Prezgang.

(Nachdruck verboten.)
 Sie blinzelte durch Fenster und streichelte den grünen Birkenzweig, der an den Türpfosten genagelt war. Dann schielte sie mit ihren feinen, blauen Augen in die Schlüter: Sieht auf, liebe Leute! Sieht auf und kommt heraus aus eurem Käfig! Kommt! Verschlaft mir nicht den köstlichen Tag, den ich extra für euch hergerichtet habe. Für euch, grübelnde Köpfe und schwaffende Arme! Ihr habt euch lange genug geplagt. Dabt im Dunkeln gefessen und mit eurer Mühsal und Sorge lange Zwiesprach gehalten. Vergeßt es für einen Augenblick, meine Kinder, daß sie euch mir entfremdet haben. Raht euren Kummer daheim und kommt, daß ich euch wieder einmal die andere Seite des Lebens zeige. Kommt! Kommt! Und sie kamen. Hunderte, Tausende, unzählbare Männer mit grauen Bärten und zitternden Händen. Rütterchen, weiche dem Schnee des Daseins auf ihren Häuptern trugen und sich beim Gehen auf einen allmodischen Schirm stützen mußten. Kräftige Mannesgestalten mit braunen Gesichtern gähe Frauen, denen Arbeit die Hände gehärtet. Jünglinge mit trostigen Gesichtern und mutigen Augen garte, blaugwangige Mädchen mit blonden, braunem und schwarzem Haar, in hellen, dunklen und farbigen Kleidern. Und Kinder — Kinder in Scharen, die neugierig in die Welt blinzelten und schwanken und fragten mit unermüdbarem Munde.
 Euch lieb' ich am meisten, schmeichelte die Sonne. Euch, ihr Kleinen. Ihr versteht euch noch nicht vor mir, sucht nicht den Schatten, wie es die Mädchen tun müssen, die das Leben ermatete. In euren Heinen Seelen glüht noch hell der Funke, den ich jedem mit auf die Welt gebe. Unverbrüht, unverglimmen brennt die winzige Flamme in eurer Brust. Keine Frage erlöste, kein Sturm verlöschte sie bisher. Ach, könntet ihr doch immer so bleiben! Könntet ihr doch mit hellem Herzen bis zu

Wie heißt die Partei der Frauen?

Von Elisabeth Röhl, M. d. R.

Die bürgerlichen Frauen haben vor der Revolution keine festen Beziehungen zu den Parteien gehabt. Sie gingen eigene Wege, mußten eigene Wege gehen, weil die Parteien sich nicht zum Frauenwahlrecht bekamen. Soweit sie selbst aber nichts vom Wahlrecht des eigenen Geschlechts wissen wollten, gehören sie zu denen, die durch den Umsturz neuen Boden finden müssen. Sie werden also in den Parteien selbst, denen sie sich angeschlossen haben, dafür wirken müssen, anerkannt zu werden. Einzelnen, hervorragenden Persönlichkeiten wird es nicht schwer fallen. Die Masse der Frauen aber wird nicht bald sichtbar Einfluß gewinnen.

In der sozialdemokratischen Partei liegen die Verhältnisse einfacher, selbstverständlicher. Unsere Frauenforderungen sind solche der Partei. Damit soll nun nicht gesagt werden, daß sie ebenfotig von Männern vertreten werden wie von Frauen. Im Gegenteil: Zu Mutterschutz und Jugendfürsorge, bei Bevölkerungserfragen und der Verteilung weiblichen Könnens, weiblicher Leistungen im Wirtschaftsleben, werden Frauen vorzuziehender wirken können. Die Organisationen der Partei werden daher alles daran setzen, die genügende Anzahl von weiblichen Abgeordneten durch geeignete Aufstellung zu sichern.

Rebel sagt in seinem Buche „Die Frau und der Sozialismus“: „Frauen und Arbeiter haben gemein. Unterdrückung, die Frau aber aus Gründen ihres Geschlechts unterdrückt wurden. Und soweit die Frauen der arbeitenden Klasse gemein sind, trifft beides für sie zu. Es ist der größte Wert des leider noch zu wenig geliesenen Buches, daß es aufzeigt, weshalb durch die Jahrhundert die Frau untergeordnet wurde.“

Es kann daher für eine denkende Frau, die die wirtschaftliche und geschlechtliche Abhängigkeit fühlt, nicht schwer sein, wie sie sich bei der Wahl entscheidet. Noch ist trotz Frauenwahlrecht eine wichtige Forderung der Sozialdemokratie nicht erfüllt. Beißt es doch in dem Artikel 5 des Erfurter Programms: „Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlichem und bürgerlichem Verhältnis gegenüber dem Manne benachteiligen.“ Daß dies nun auch geschieht, wird ganz vom Aussehen des neuen Reichstages abhängen. Zwar hat man bis zu den Deutschnationalen das Frauenwahlrecht wie eine Selbstverständlichkeit geschickt. Und in ihrem Wahlprogramm vom 8. April verprechen sogar sie den Frauen den nachdrücklichsten Schutz in jeder Beziehung. Aber wer glaubt ihnen die Ehrlichkeit ihrer Programmpredigungen? Das Recht der Frau ist bei den Leuten vom allseitig-konfessionellen Stande nicht ernst und redlich aufgehoben. Es ist bei allen nicht gewahrt, die sich erst durch den Umsturz im November 1918 zu einer anderen Auffassung von Frauenwahlrecht und „Recht bequemen müßten.“ Es ist nur dort gewahrt, wo es stets gefordert wurde, nachdrücklich und trotz Wohlgefühler aller übrigen Parteien: bei der Sozialdemokratie.

Aus der Partei.

5. Bad. Landtagswahlkreis.

Öffentliche Wählerversammlungen zur Reichstagswahl finden statt: Am Samstag, 22. Mai: In Jöhlingen abends 9 Uhr im „Lamm“, Referent Gen. Schöpflin. Grünwinkel abends 8 Uhr im Saale zur „Lokalbahn“, Ref. Gen. Trintz und Genosin Specht-Karlruhe. Ostheim abends 8 Uhr in der „Sonne“, Ref. Gen. Ziegler-Durlach. Grödingen abends 7 1/2 Uhr im „Döfen“, Ref. Gen. Höhn-Karlruhe. Graf-Pforzheim. — Am Sonntag, 23. Mai: Fleisingen 8 Uhr in der „Hofe“, Ref. Gen. Höhn-Karlruhe. Langenscheidt nachm. 5 Uhr „Reißballe“, Ref. Gen. Schöpflin. Spielberg abends 7 1/2 Uhr, Referent Genosin Schöpflin. Palmbach nachm. 3 Uhr im „Döfen“, Ref. Gen. Giffel-Karlruhe. Sigen nachm. 8 Uhr in der „Krone“, Ref. Gen. Funke-Karlruhe. Kronau nachm. 8 Uhr in der „Sonne“, Ref. Gen. Trintz und Genosin Specht: Mingsheim abends 8 Uhr im „Reisen“, Ref. Gen. Trintz. Walfenrot nachm. 4 Uhr im „Döfen“, Ref. Gen. Hagemann-Etlingen. — Montag, 24. Mai: Spielberg nachm. 8 Uhr in der Linde, Ref. Gen. Hagemann-Etlingen. Oberweiler (Amt Etlingen) nachm. 7 1/2 Uhr im „Nappen“, Ref. Gen. Sührer-Etlingen. Neubrunn nachm. 2 Uhr im „Alder“, Ref. Gen. Steinbrunn-Durlach. Baruhalt, Ref. Gen. Oskar Rapp-V. Baden. Gallenbach, Ref. Gen. Rapp. Hilpertshaus nachm. 8 Uhr im „Grünen Hof“, Referent Genosin Hoffmann-Gaggenau. Vermerzbach nachm. 3 Uhr, Ref. Gen. Rothengatter-Gaggenau. Langenbrand abends 8 Uhr, Ref. Gen. Rothengatter. Oberrot abends 8 Uhr, Ref. Gen. Olfmann-Gaggenau. Unterwiesheim nachm. 8 Uhr im Gasthaus zum „Schloß“, Ref. Gen. Trintz. Durbach vorm. 10 Uhr im „Strauß“, Ref. Gen. Vertsch-Etlingen.

Die Genossen allerorts werden erucht, für guten Besuch der Versammlungen besorgt zu sein.
 Das Parteisekretariat: Oskar Trintz.

5. Landtagswahlkreis. Gelder für den Wahlkampf fanden ein: Oberndorf 262,50 M., Bisingen 170 M., Bietigheim 200 M., Scheuern 58 M., Wörth 50 M., Jöhlingen, 2. Rate, 88 M., Bilsfeldingen, 2. Rate, 65 M., R. 10 M., Schöllbronn, Zellerfammlung, 71 M., Spielberg 68,50 M., Graben 79 M., Wöhrbach 60 M., Etlingen 267,50 M., Palmbach 215 M., Niederbühl 118 M., Grödingen 818 M., Stein 880 M., Spöck, 2. Rate, 11 M. In der Suche um Einsetzung der noch ausstehenden Sammelstellen sind den gezeichneten Beträgen.

Wahlkreiswahlen in Hamburg.

Hamburg, 19. Mai. Die Wahlen zum Sonntag haben mit einem vollen Erfolg der Sozialdemokratie geendet. In den Schulen war überall versucht worden, für „unpolitische“ Listen Stimmung zu machen, zu denen sich teilweise bürgerliche Kreise und U. S. P. zusammengetan hatten. An einigen anderen Schulen waren bürgerliche und U. S. P. Listen besonders aufgestellt. Beide Arten von Listen haben gegenüber der Sozialdemokratie kein irgendwie nennenswertes Resultat erzielt. In mehreren Schulen ist die sozialdemokratische Liste allein gewählt worden. Im Gesamtdurchschnitt sind zwei Drittel sämtlicher Mandate der Sozialdemokratie zugefallen. Der Ausfall der Wahlen eröffnet die besten Aussichten für die Entscheidungsschlacht am 6. Juni.

Von den 687 Sitzen, die zu vergeben waren, erhielt die Sozialdemokratische Partei 494, die Unpolitischen 138 und die Unabhängigen 46.

Niederbühl, 21. Mai. Heute Samstag, abends 7 1/2 Uhr findet eine Parteiverammlung in der Wirtschaft „Zur Eintracht“ statt. Da sehr wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen, ist das Erscheinen aller Genossen, auch der von Försch, dringend notwendig.

8. Niederbühl, 18. Mai. In der letzten Sonntag stattgefundenen Wählerversammlung sprach Genosse Oberweiler über die Reichstagswahl über die kommenden Reichstagswahlen. Der Besuch war ein guter, mit großer Spannung und Aufmerksamkeit folgten alle Anwesenden den ausgezeichneten und klaren Ausführungen des Referenten, der in scharfen Worten das Treiben der Reaktion geißelte. Seine Ausführungen über die Beamtenbeförderung wurden von den anwesenden Beamten mit Beifall aufgenommen. Zum Schluß richtete er, wie auch Genosse Schmidt an alle Anwesenden den Appell, am 6. Juni den Stimmzettel für die Partei in die Urne zu werfen, die für Freiheit und Gleichheit eintritt, für die Sozialdemokratie. Starke Beifall erteilte Genosse Beck. Diskussion fand nicht statt. Eine Teilerammlung für den Wahlfond am Schluß der Versammlung brachte einen schönen Ertrag und sei daher an dieser Stelle herzlich Dank gesagt.

8. Württemberg, 18. Mai. Letzten Sonntag nachmittags wurde hier durch eine von unserer Partei einberufene Volksversammlung, in der Gen. Landtagsabg. Kurz-Grödingen über die kommenden Reichstagswahlen sprach, der Wahlkampf eröffnet. In klarer Weise verstand es der Referent, in seinem 1 1/2stündigen wohlgeordneten Vortrag die Zuhörer zu fesseln, so daß er für seine Ausführungen reichen Beifall erntete. Die Versammlung war beifallsmäßig gut besucht, doch hätte die hiesige Arbeiterschaft besser vertreten sein dürfen. Von der Diskussion wurde kein Gebrauch gemacht. — Am selben Abend fand in unserem Nachbarort Heßfurt eine Volksversammlung statt, in der ebenfalls Gen. Kurz über dasselbe Thema sprach. Auch hier wurde unterm Referenten für seine Ausführungen reichlicher Beifall gezollt. In der Diskussion trat unser Referent ein Deutschnationaler entgegen, der in wirrer Rede und tonlosen Ausführungen gegen unsere Partei schwätzte. Gen. Kurz leuchtete jedoch in seinem Schlusswort dem Herrn kräftig leuchtete, wofür er nochmals reichen Beifall erntete. Auch diese Versammlung war ziemlich gut besucht.

8. Spöck, 20. Mai. Sozialdemokratische Partei. Am Pfingstmontag, 24. Mai, findet im Gasthaus zur „Hofe“ (Wenzinger) eine Mitgeliiederbesprechung statt. Vollständiges Erscheinen der Mitglieder ist erforderlich, da die Flugblattverteilung geregelt werden soll. Beginn nachmittags 8 Uhr.

„Der Sündenpiegel“ heißt der Titel einer illustrierten humoristisch satirischen Wählzeitung, die im Verlage des „Vorwärts“ erschienen ist und zum Preise von 0,50 M. bezogen werden kann. Sie enthält auf bestem Papier in Tiefdruck zahlreich von erster künstlerisch stammende originelle Bilder, zu denen der bekannte „Vorwärts“-Satiriker Arthur Wilder Gen. Begleiter schrieb. „Der Sündenpiegel“ wird die laubende Note in die Wahlbewegung hineinbringen und nicht nur bei unseren Parteifreunden, sondern im breiten Publikum Aufsehen erregen und Anklang finden. Manches durch ihn vor dem Gang zur Wahlurne befehrt werden. Deshalb sei er jedem besonders aber den Parteiorganisationen zu ihrer Wirksamkeit empfohlen. Die Bestellungen wollen umgehend durch die örtlichen Parteibuchhandlungen oder direkt an die Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, erteilt werden.

Deine Frau auch nicht. Sie lacht aus vollem Halse und reißt dir ein Wörtchen: „Ja, Alter!“ Nun laut er und singt dabei! Ach, ihr Materialisten! Da sitzen jener vier im Grabe und dreschen einen Satz. Wir alles egal! Wenn ihr nur vergnügt seid und die Freude in eurer Brust aus den Schlacken hüpf! —

Und wir, Väterchen? Du, Großmütterchen? Es geht nur langsam vorwärts auf den alten Beinen, wie? Seht mal, da steht eine Eide mit wunderhübschem Daß. Auf ihren breiten Bürgelnrollen läßt sich gut sitzen. Dort ruht euch. Gegen die Mädchen ist kein Knatter gut, Alter! Was machst du plötzlich so freudliche Augen, Rütterchen? Hier hab ich schon einmal gesehen? Vor langer, langer Zeit? Wichtig, ich entsinne mich. War auch dabei. Ach ja! Damals sahst ihr anders aus als heute, so viel weiß ich. Auch die Eide hat ein älteres Gesicht bekommen. Und mit der Schönheit ist's bei ihr wie bei euch vorbei. Das war auch ein Pfingsten damals! Glatte Wangen und krauses Haar, wie Großmutter? Einen Strich an der Brust. Man weiß es noch, was du für ein Wunsch warst! Was für ein prächtiges Wädel du, Großmütterchen! — Einen Tag nach dem andern hab ich gemeinsam auf den Wädel genommen. Die Mädchen sind ein wenig krumm davon geworden. Ihr habt zu schleppen gehabt, das ist wahr! Manchen Fluß, manchen Seufzer hab ich gehört. Aber ein freut mich noch heute: ihr habt mich nicht vergessen, habt mich hereingelassen in euer Fenster und euren Sinn und auversichtlich mich am neuen Morgen erwartet, wenn der Abend vorher trübe gewesen. So ging manche schwere Stunde leichter vorüber. Bringt es so zu Ende und gehobt euch wohl! Ich muß wieder einmal nach meinen andern Kindern schauen. Ob irgendwo noch ein krautriges Gesicht ist, versteht ihr? Ich streiche es so lange, bis es lacht.
 Denn heute ist Pfingsten. Die Erde hat ich mit Grün und Blüten geschmückt. Und im Menschen möcht ich die Hoffnung sehen. —

M
 Bon
 Dr
 ang d
 schred
 Mangel
 brodt,
 ganz ic
 werden
 Berie,
 keine U
 mal er
 nicht er
 die Fra
 vernied
 festsetz
 zu lache
 über zu
 men fö
 sich im
 Gründe
 leit, en
 daß die
 müde,
 tragele
 kneele
 gstellen
 zu siche
 dieser G
 eine Bra
 eine No
 leßt so
 Die
 vielme
 sic find
 mit gut
 im
 der Sta
 ausstich
 Bildung
 mission“
 die ang
 genannt
 die einz
 die Ver
 Kreise u
 verfige
 betten k
 Das
 Ausgan
 kaarlisch
 in jener
 seiten a
 befrucht
 lortier
 lung zu
 der Ar
 der Br
 don über
 der W
 allei B
 arbeit
 Am
 Volksbü
 an die
 des wiss
 sehen, n
 zum Sta
 stopf an
 Errunge
 halt an
 die sich
 Lebens
 gleiches
 und Ma
 mittelst
 her dar
 nicht ih
 nicht im
 dem Ter
 Freude
 einen Ver
 Greichen
 erwidlic
 nicht we
 die Preis
 allen ge
 lichen A
 hübneng
 nis für
 liegt dar
 geschafte
 schrieben
 bis kin
 handeme
 Kupstie
 reuter
 Zufunft
 ein Kull
 ten Schi
 Wahren
 eine Gr
 damit ei
 onfenla
 haßer de
 tgenbt
 auf zum
 über da
 harit.

Letzte Nachrichten.

Verhandlungen über die Schuldsomme.

Paris, 21. Mai. Die interparlamentarische Gruppe des Senats für die betroffenen Gebiete prüfte die zwischen der französischen, der englischen und italienischen Regierung schwebenden Verhandlungen über die Ausführung des Friedensvertrages. Es wurde schließlich eine Tagesordnung angenommen, nach der die von der britischen und der französischen Regierung vorgeschlagenen Entschädigung durchzuführen werden soll und die Verabreichung der Schuldsomme nur durch das Parlament in strikter Ausführung des Versailler Vertrages gewährt werden könne.

Spa.

Amsterdam, 21. Mai. Laut „Telegraaf“ erklärte Bonar Law im Unterhause über die bevorstehende Konferenz in Spa, sowohl die französische als auch die englische Regierung lege den größten Wert auf die Entwaffnungsfrage, die in erster Linie in Spa besprochen werden solle. Was die Priorität bei der Wiedergutmachung betreffe, so meinte die englische Regierung, daß es nicht billig sein würde, daß einer der Alliierten den Vortritt erhalte. In Spa solle ein offizieller Gedankenaustausch stattfinden, und wenn die deutsche Regierung dorthin mit der aufrichtigen Absicht komme, den Friedensvertrag auszuführen, so werde die Konferenz gute Früchte tragen.

Beforgnisse über die Welternie.

Englischen Blättern zufolge hielt der Lebensmittelkontrollleur Mar Cordy in London eine Rede, in der er sich über die Auswüchse der Welternie in Weizen sehr besorgt äußerte. In einigen Monaten würde die Bevölkerung Englands vielleicht wieder Kriegsbroten von einer Beschaffenheit essen müssen, wie während der schwersten Zeit des Krieges. Er fordert daher zur Sparsamkeit in dem Gebrauch von Mehl auf.

Besserung im Lokomotivenbau.

Aus einem Gespräch mit dem Minister für öffentliche Arbeiten wird verschiedenen Morgenblättern mitgeteilt, dieser habe gesagt, es würden jetzt wöchentlich 402 Lokomotiven herausgebracht und der Bestand der betriebsfähigen Lokomotiven habe gegen das Vorjahr eine bemerkenswerte Vermehrung erfahren. Zweifellos werde es außerordentlich schwer sein, den Eisenbahnbetrieb wieder wirtschaftlich zu gestalten, aber unlösbar sei auch diese Aufgabe nicht, wenn in allen Teilen des gewaltigen Verkehrsunternehmens gewissenhaft gearbeitet werde.

Ende des Streiks in Frankreich.

Paris, 22. Mai. Der allgemeine Gewerkschaftsbund hat mit 96 gegen 11 Stimmen bei 15 Stimmenthaltungen beschlossen, die Arbeit am Dienstag wieder aufzunehmen.

Erste Lage in Kleinasien.

Amsterdam, 21. Mai. Die „Times“ melden aus Konstantinopel, daß die französische Garnison von Urfa, die am 10. April nach blutiger Belagerung freigegeben wurde, überfallen wurde. Von den 450 Mann sind nur 100 Mann am Leben geblieben.

Nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ aus Konstantinopel sind sechs französische Bataillone mit Rücksicht auf den Ernst der Lage nach Vatun abgeschickt worden.

Durlacher Anzeigen.

Brennholzverlosung ab Wald.

Am Dienstag, den 25. und Mittwoch, den 26. Mai wird an die Inhaber von grünen Brennholzarten der Gruppen I und II je 2 Ster Schichtholz aus den städt. Waldungen im Wege der Verlosung unter folgenden Bedingungen zugewiesen:

- Die Zuweisung erfolgt gegen Barzahlung. Der Anschlagswert beträgt im Höchstfalle 22.- M.
 - Vor Abfuhr des Holzes muß die mit Quittung versehene Brennholzart dem Waldhüterpersonal vorgezeigt werden, andernfalls das Holz nicht verabfolgt wird.
 - Die Abfuhr des Holzes darf nur zur festgesetzten Zeit während der Tagesstunden auf den erlaubten Waldwegen geschehen.
 - Beanstaltungen sind innerhalb 8 Tagen beim städt. Waldmeister - Krähstr. Nr. 5 Zimmer Nr. 2 - nachmittags zwischen 12 und 1/2 Uhr anzubringen. Nach Ablauf der Beantwortungsfrist steht das Holz auf Gefahr des Käufers im Walde.
 - Nach erfolgter Verlosung können Umschreibungen nicht mehr vorgenommen werden. Verwechslung der Losnummer wird nach § 178 des Forstgesetzes bestraft.
 - Vorgelegter des Holzes sind: für Distrikt Bergwald: Waldhüter Appel, Gröhlingen, Steglstr. Nr. 11; für Distrikt Grauwald: Hiltswaldhüter Walter, Kilsfeldstr. Nr. 7; für Distrikt Ober-Wald: Forstwart Raß, Kuerstr. Nr. 7; für Distrikt Füllbruch: Forstwart Hofheinz, Manteloch.
- Die Verlosung erfolgt gegen Vorzeigung der Brennholzart bei der Ortskohlenstelle (Stadt-Gaswerk) während der Geschäftsstunden vormittags 7-12 und nachmittags von 1-4 Uhr. Die übrigen Gruppen werden nach aufgerufen. Durlach, den 20. Mai 1920. 1378
Ortskohlenstelle.

Kohlen-Ausgabe.

Die bei Emil Gayer eingetragenen Kunden mit den Anfangsbuchstaben H bis einschließlich Z können am Dienstag, den 25. Mai 1 Zentner Braunkohlenbriketts zum Preise von 15.25 M und 1 Zentner Anthrazit zum Preise von 20.95 M je Zentner ab Lager Weingartenstr. Nr. 8 erhalten.

Zufuhr vors Haus 0.80 M, frei Keller 1.30 M je Zentner mehr. Die alten Kohlenhefte sind mit dem ersten Mai unzulässig geworden und müssen, soweit dies noch nicht geschehen ist, vor der Ausgabe gegen neue umgetauscht werden. Die Größe der Wohnung (Zimmerzahl) ist dabei anzugeben. Durlach, den 20. Mai 1920. 1377
Ortskohlenstelle.

Der Wahlschein.

Das neue Reichstagswahlgesetz ermöglicht auch solchen Wählern die Ausübung ihres Wahlrechts, die sich am Wahltag aus beruflichen oder persönlichen Gründen außerhalb ihres Wohnorts aufhalten. Dazu gehören Bahn- und Postbedienstete, Geschäftsreisende, Wahlhelfer, Schiffer usw.

Allen diesen Wählern und auch solchen, die durch ein körperliches Leiden in ihrer Bewegungsfreiheit behindert sind, ist, wenn sie in die Wählerliste eingetragen sind, auf Antrag ein Wahlschein auszustellen. Verleiht ein Wahlberechtigter, der eingetragen ist, seine Wohnung in einen andern Wahlbezirk, so ist er ebenfalls berechtigt, sich einen Wahlschein ausstellen zu lassen. Zuständig zur Ausstellung des Wahlscheins ist die Gemeindebehörde des bisherigen Wohnorts. Der Grund zur Ausstellung des Wahlscheins ist auf Erfordern glaubhaft zu machen.

Haben Wähler einen Wahlschein erhalten, so ist in der Spalte „Bemerkungen“ der Wählerliste oder Wahlkartei in auffälliger Weise einzutragen „Gefährlich, Wahlschein“.

Mit dem Wahlschein können die Wähler dort wählen wo sie sich am 6. Juni gerade aufhalten.

Kleine Nachrichten.

Zu schweren Ausschreitungen kam es gestern nachmittag gegen 4 Uhr in der Bad. Anilin- und Sodafabrik in Ludwigsbafen, wo etwa 3000 Mann vor das Direktionsgebäude zogen, um die Erfüllung ihrer Forderungen zu erzwingen. Mehrere hundert Arbeiter drangen bis in die Direktionsbüros vor, wo die Direktoren schwer belästigt und mißhandelt wurden. Der herbeigerufenen Polizei gelang es nach schweren Bemühungen, die wütende Arbeitermenge auseinanderzutreiben.

Luftschiffunglück. Laut „Welt Journal“ wurde in St. Etienne ein Marineluftschiff vernichtet. Die Besatzung soll gerettet sein.

Sprengrung einer Eisenbahnbrücke. Wie den Blättern aus Udine gemeldet wird, wurde in der Nähe von Rescitta auf der Linie Lugano-Pontebo eine Eisenbahnbrücke in die Luft gesprengt. Kurz vor dem Anschlag hatte der Schnellzug Udine-Wien die Strecke überschritten.

Madrid, 21. Mai. (WB.) Gruppen von Frauen und Kindern durchziehen gestern die Straßen verschiedener Stadtteile und rufen nach Brot. Trotz aller Anstrengungen der Behörden wird heute die Hälfte der Bevölkerung ohne Brot sein. Von 3000 Bäckern arbeiten nur 300, unterstützt von 300 Freiwilligen.

Schrittleitung: Georg Schöpflin, Verantwortlich für Artikel, Politische Redaktionen und Letzte Nachrichten Hermann Aabel; für Baderische Politik, Aus dem Lande, Gemeindefortschritt, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Eisele; für den Anzeigenteil Gustav Krüder, sämtliche in Karlsruhe.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Unsere Filialinhaber,

welche den „Volksfreund“ durch die Post überwiesen erhalten, wollen die für Juni benötigte Bezugsabgabe spätestens bis zum Dienstag den 25. d. M., uns mitteilen, sonst kann die Zustellung bis zum 1. Juni nicht rechtzeitig erfolgen. Verlag des „Volksfreund“.

Wegen der Pfingstfeiertage erscheint die nächste Nummer unseres Blattes am Dienstag.

Volksbuchhandlung Karlsruhe, Adlersstr. 16

empfehlen: Der Judenhaß und der Sozialismus von Anton Feilerich, 1.-M., Porto 20 S extra. - Das kommunistische Manifest 1.80 M. - Das Erntefest Programm mit Erläuterungen, 3.60 M., Porto 60 S extra.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe-Mühlburg. (Gem. Chor-Bruderverein.) Wir werden nochmals auf den am Pfingstmontag stattfindenden Landausflug ins Jagdhaus in Eitlingen aufmerksam. Der Vorstand. Karlsruhe. (Fr. Turnerschaft, Fußballer.) Morgen Sonntag nachmittags 1/2 bezw. 5 Uhr Wettspiele gegen Speyer auf dem Turmplatz (Kintzenheimer Allee). Vorm. 10 Uhr Erscheinen aller Spieler am Bahnhof zum Empfang. Die Spiele finden bei jeder Witterung statt.

Karlsruhe. (Gesangverein „Lassala“.) Heute Samstag abend 7/8 Uhr Zusammenkunft der Säger Ede Krieg- und Kronenstraße (beim Walfisch) zwecks Ernung eines aktiven Mitgliedes. - Die nächste Singstunde findet erst am Sonntag 8 Uhr pünktlich um 8 Uhr statt. Die geplante Zusammenkunft beim Felschloß findet nicht statt.

Am Pfingstmontag dornittag Zusammenkunft bei Mitglied Wöhrig „Zum Grobherzog Friedrich“, Ede Eisenmeiststraße. Um zahlreichen Besuch aller Veranstaltungen wird gebeten. Der Vorstand. 3760

Karlsruhe. (Freie Turnerschaft.) Pfingstsonntag Wanderung des gesamten Vereins durch den Waldpark nach Stubersee. Treffpunkt vorm. 1/2 Uhr Eingang zum Schloßgarten. - Pfingstmontag Familienausflug mit Tanz nach Durlach, Hesthale. 3751 Der Turnrat.

Bruchsal. (Sozialdemokratischer Verein.) Dienstag, 25. Mai abends 8 Uhr in der „Fals“ Mitgliederversammlung. Zahlreiches Erscheinen unbedingt notwendig. 3767

Zerrissene Strümpfe und Socken

werden wie neu wieder hergestellt, nach anerkannt besten Methoden auf besonderen Spezialmaschinen!

Strumpf-Groß-Erneuerungsanstalt

Rudolf Wieser, Kaiserstr. 153.

Sänger- und Turner-Vereinigung

Karlsruhe-Belzheim. verbunden mit Wettkämpfen Schau-Turnen am 29., 30. und 31. Mai 1920.

Städtischer Verkauf.

Es auf Weiteres werden folgende Lebensmittel in beliebiger Menge abgegeben:

Waisgries	per Fund 2.80 M
Kakao Milch-Schokolade per Kiste 3.75 M	
Schokoladen-Zunle	per Kiste 4.00 M
Erbsen	per Fund 3.15 M
Bohnen	per Fund 3.40 M

Durlach, den 22. Mai 1920. 1388
Kommunalverband Durlach-Stadt.

Butterausgabe.

Die Bezugsberechtigten für Butter auf Nährmittel- und Krankenkarten erhalten bis auf Weiteres anstatt 125 Gramm wöchentlich 250 Gramm Butter. Die Ausgabe erfolgt wie bisher in den Drogerien, im Konsumverein und dessen Verkaufsgeschäften. Durlach, den 22. Mai 1920. 1889
Kommunalverband Durlach-Stadt.

Kartoffel-Abgabe.

Für diejenigen Familien, welche im vorigen Jahre ihren Bedarf an Kartoffeln auf Bezugschein eingedeckt haben, aber bis zur neuen Ernte damit nicht ansprechen werden in der nächsten Woche Kartoffeln abgegeben und zwar:

Dienstag, den 25. Mai ds. Js. an die Buchstaben A bis mit K in der alten Tochterstraße
Mittwoch, den 26. Mai ds. Js. an die Buchstaben L bis mit Z in der Friedrichstraße.

Der Preis für 1 Zentner beträgt 35 M.

Die Ausgabe erfolgt jeweils vormittags von 8-12 Uhr und nachmittags von 2-6 Uhr. Durlach, den 22. Mai 1920. 1390
Kommunalverband Durlach-Stadt.

Zuckerkartoffeln.

Im städt. Verkauf werden bei den städtischen Zuckerfabriken jeweils Zuckerkartoffeln zum Preise von 6 Mark per Zentner abgegeben. Durlach, den 22. Mai 1920. 1392
Kommunalverband Durlach-Stadt.

Kleinverkaufspreise für Gemüse.

Gültig für die Zeit vom 24. bis 31. Mai 1920.	
Wangold	Stb. 0.30 M
Epinat	Stb. 0.40-0.50 M
Rote Rüben ohne Kraut	Stb. 0.30 M
Stoppsalat (Freilandsalat)	Stb. 0.30-0.50 M
Weißtraut	Stb. 0.60 M
Wiching	Stb. 0.50 M
Kopf-Kohlrabi	Stb. 1.00 M
Kand	Stb. 0.50 M
Wercrettisch	Stb. 1.80 M
Widersehen	Stb. 0.15 M
Eis-äpfel und Bienenrettiche	Stb. 0.25 M
Rhabarber	Stb. 0.30-0.50 M
Zwiebeln mit Schoten	Stb. 0.80 M

Ihre Ueberreichung wird gegebenenfalls als übermäßige Preisbildung angesehen. 1391
Durlach, den 22. Mai 1920.
Kommunalverband Durlach-Stadt.

Offenburger Anzeigen.

Die Wettbewerbsentwürfe für das Städtische Unternehmen der Stadtgemeinde Offenburg an der Rheinstraße sind von Dienstag, den 25. ds. Mts. bis zum Donnerstag, den 27. ds. Mts., jeweils nachmittags von 1/2-5 Uhr, im Bürgeraal zur Besichtigung ausgestellt. 1384
Der Stadtrat.

Brennholz-Versorgung.

Für die in der Nähe des Pfäfersparks wohnenden Holzbesitzer findet am Mittwoch, den 26. ds. Mts. vormittags von 8 Uhr ab eine einmalige Holzabgabe statt. Offenburg, den 22. Mai 1920. 1883
Stadtrat

Brot-Versorgung.

In der Woche vom 24.-31. Mai sind die Brotmarken Melze O gültig. Die Bäcker dürfen auf andere Marken Brot nicht abgeben. 1386
Städt. Lebensmittelamt.

Kartoffel-Versorgung.

An die Kartoffelbezugsberechtigten werden pro Person 20 Pfund Kartoffeln abgegeben. Der Preis beträgt 40 Pf. pro Fund. Die Ausgabe erfolgt gegen Vorzeigung der Ausweisarte im Wählerpark und zwar jeweils vormittags von 1/2 bis 12 Uhr und nachmittags von 1/2 bis 5 Uhr. Es wird gebeten, folgende Reihenfolge einhalten zu wollen: 1385

Dienstag, den 25. Mai vorm. Ausweis Nr. 1-300, nachm. Nr. 301-600;
Mittwoch, den 26. Mai vorm. Ausweis Nr. 601-900, nachm. Nr. 901-1200;
Donnerstag, den 27. Mai vorm. Ausweis Nr. 1201 bis 1500, nachm. Nr. 1501-1800;
Freitag den 28. Mai vorm. Ausweis Nr. 1801-2100, nachm. Nr. 2101-2400;
Samstag, den 29. Mai, vorm. Ausweis Nr. 2401 bis 2700, nachm. Nr. 2701-3000;
Montag, den 31. Mai, vorm. Ausweis Nr. 3001 bis 3300, nachm. 3301-3600;
Dienstag, den 1. Juni vorm. Ausweis Nr. 3601 bis 3900, nachm. Nr. 3901-1400;
Mittwoch, den 2. Juni vorm. Ausweis Nr. 4201 bis 4500, nachm. Nr. 4501 bis Schluss.

Kommunalverband Offenburg-Stadt
Kartoffelstelle.

Mastatter Anzeigen.

Maschinenstelle.

Für das städtische Wasserpumpwerk in Rautental suchen wir zum baldmöglichen Eintritt einen tüchtigen Schlossermeister zur Bedienung der Pumpen samt Rechen. Sachliche oder persönliche Mitteilungen mit Vorlage von Zeugnis sind beim Stadtkonsumrat Mastatt baldigt vorzubringen. 1393
Mastatt, den 20. Mai 1920.
Das Bürgermeisteramt.
Mennex Soller.

Von heute bis Mittwoch, den 26. Mai werden in der Fruchthalle Kartoffeln angeboten, das Pfund zu 35 Pf. Die Ausgabe erfolgt auch an solche Familien und Einzelpersonen, welche ihren Bedarf auf Bezugschein bezogen haben. Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß dies jedenfalls die letzte Ausgabe vor der neuen Ernte sein wird. Der Einwohnerstand wird daher dringend empfohlen, sich mit Kartoffeln einzudecken, daß sie damit bis zur neuen Ernte ausreicht. Mastatt, den 21. Mai 1920. 1372
Kommunalverband Mastatt-Stadt.
Abteilung Kartoffelversorgung

Baden-Baden.

Margarinepreis.

Laut Mitteilung der Badischen Landesstelle ist der Preis für Margarine seitens der Reichsstelle für Fette und Öle wegen der neuerlich eingetretenen Lenzung in der Beschaffung der Rohmaterialien usw. bewirkt durch den immer noch ungünstigen Marktstand weiter erheblich erhöht worden, und stellt sich danach auf 12.65 M per Pfund.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit nicht unerwähnt lassen, daß die Margarine auch eine bedeutende Besserung in der Qualität erfahren hat und zwar darf der Fettgehalt nicht unter 84 % sein. Baden-Baden, 20. Mai 1920. 1875
Lebensmittelamt Baden-Baden.

Corned-Beef (Wahnschinken)-Ausgabe.

Als Ersatz für Fleisch und Wurst wird am Samstag, den 22. Mai in den hiesigen Metzgereien und Wurstereien von 8-2 Uhr Corned-Beef ausgegeben.

Als Höchstmenge kommen 160 Gramm auf die für Baden-Baden geltende Reichsliste, Abschnitt 17.-23. Mai, zur Verteilung. Der Preis für 160 Gramm beträgt 2.05 M (verbilligt).

Die Metzgereien und Wurstereien haben die Marken zwecks Abrechnung am Mittwoch, den 26. ds. Mts. auf dem Zimmer 5 des Lebensmittelamts abzuliefern. Baden-Baden, 20. Mai 1920. 1374
Lebensmittelamt Baden-Baden.

Volks-Buchhandlung

der Sozialdem. Partei befindet sich Karlsruhe, Adlersirasse 16.

Voranzeige :- Sportplatz Grünwinkel
Mittwoch, den 26. Mai

Kiel

8747

MÖBEL

Aus dem Vorrat meiner günstigen auswahlreichen Lagerbestände verkaufe äußerst preiswert

Schlafzimmer, Wohnzimmer
Speisezimmer, Küchen
und alle Sorten
Einzel-Möbel.

S. Krämer Möbel- und Bettenhaus

Karlsruhe i. B. Kaiserstraße 30
Telephon Nr. 778 nächst der Kronenstraße
Besichtigung gerne erbeten.
Gekaufte Möbel werden zurückgestellt bis zur Abnahme.
Eigene Schreiner- und Polsterwerkstätte.


Städt. Fischhalle
hinter dem Bierordbad.
Samstag vormittag von 8—12 Uhr
Fortsetzung des
Seefisch-Verkaufs
aus sieben eingetroffener Sendung.
Nahrungsmittelamt der Stadt
Karlsruhe. 1381

UL
Luxum Lichtspiele
Kaiserstrasse 168

Ab heute Samstag
bis einschl. Dienstag!
Das grosse Pfingstfestprogramm

Der gewaltige Sensations- und Detektiv-Film

Der Kampf unter dem Meeresspiegel

Ein großes Detektivdrama in 5 Akten nach dem bekannten Roman

Die 3 Abenteuer der Lady Glane.

In der Hauptrolle:

HEINRICH PEER als Abenteuerer TOM PARKER.

Was sensationelle und spannende Handlung anbetrifft, kann wohl, wie in diesem Filmwerk, von keinem übertroffen werden. Besonders sind es die aufregenden Verfolgungsszenen auf offener See und der Kampf zwischen Tom Parker und dem Baronet unter dem Meeresspiegel, die in glänzender Weise wiedergegeben wird. Auch die sensationellen Verfolgungsszenen des Abenteuerers, die Flucht über die Dächer und endgültige Festnahme des Langgesuchten sind glänzend gestellte Bilder. 3740

Die fremde Frau.

Reizendes Lustspiel in drei Akten.

In der Hauptrolle:

Esther Hagan.

Künstler-Kapelle

Fasanengarten.

Fasanengarten.

Heute:
Bak-Budapest
Montag:
Utrecht-Holland

Phönix

8738

Fasanengarten.

Fasanengarten.

Färberei Printz

führt alle Aufträge — wie in der Vorkriegszeit — unübertroffen aus.

Läden: Kaiserstr. 61, 193, 245, Schützenstr. 18.
Annahmestellen: Kettlingerstr. 65/67 (Fabrik), Fernruf 63.
Durlach: Hauptstrasse 43.

Der Kauf eines neuen
PIANOS
unter gesetzlich bindender Garantie für Material und Arbeit ist vorteilhafter wie die meisten
Gelegenheitskäufe!
Viele „Privat-Angebote“ bezwecken Uebervorteilung und bieten keinerlei Gewähr für Stimmhaltung und Qualität. 3538

Auf Wunsch bei entsprechender Anzahlung
Teilzahlung.

H. MAURER
Kaiserstr. 176, Eckhaus Hirschstr.

Nur kurze Zeit!
Anlässlich meines Umzuges großer
Räumungs-Verkauf
in sämtlichen
Schuhwaren und Schuhbedarfs-Artikeln
Auf die bereits günstig. Verkaufspreise noch bedeutende Preisermäßigung u. a.

Stapel-Schuhwaren mit Ermäßigung	25 ⁰⁰	Luxus-Schuhwaren mit Ermäßigung	33 ¹⁰
Selten günstiges Angebot!	Schuhbedarfsartikel mit Ermäßigung	15 ⁰⁰	Selten günstiges Angebot!

Schuhwaren-Haus
Herm. Götz Breda's Nachf.
Ecke Kaiser- Rastatt u. Kapellenstr.

Nur kurze Zeit!

Gutes Bier
ist das beste und billigste Erfrischungs-Getränk

Brauerei Schrempp
Karlsruhe.

Sozialdemokratische Partei Karlsruhe.
(Bezirk Mühlburg.)
Dienstag, den 25. Mai, abends 7/8 Uhr, im Gasthaus zum „Hirschen“, Hardtstraße

große öffentliche Wähler-Versammlung
Thema: 3765
„Die bevorstehenden Reichstagswahlen“
Referent: Gg. Schöpflin, M. d. N.
Freie Aussprache:
Zu zahlreichem Besuche ladet höflich ein
Die Bezirksleitung.

Freireligiöse Gemeinde
Sonntag, 23. Mai, vormittags 10 Uhr
Sonntagsfeier 3759
(Alb. Seyauer)
Vier Jahreszeiten (Gebelstraße 21).

Welt-Kino
Telephon 5448 Kaiserstrasse 133
Heute und folgende Tage!
Das große Sensations-Abenteuer
Nacht-Asyl
Abenteuer in einem Vorspiel und 5 Akten.
In der Hauptrolle: **Rudolf Meinert.**
Es versäume niemand, sich dieses überaus spannende und interessante Filmwerk anzusehen.
Beachten Sie bitte die ausgestellte Reklame.

Außerdem das urgelungene Lustspiel
Auf der Kinobühne.
Lachen ohne Ende. 3757

Palast-Theater
Moderne Lichtspielbühne
Herrenstr. 11 Telephon 2502

Ab heute!
Der Club der Milliardäre.
Drama in fünf Akten.

Ferner:
s'Lieserl vom Schliersee.
Hochlands-Schauspiel nach einer Erzählung von Hermann Schmid.
Ein Vorspiel und vier Akte!
Hauptrollen: 3756
Fanny Mittermayer-Terofal
Xaver Terofal.

F.V. Grünwinkel
Abends 6 Uhr